

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.17)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ja danke, wir setzen jetzt die Arbeiten fort. Entschuldigt hat sich für den Vormittag niemand. Ich bitte um Verlesung des Protokolls. Abg. Willeit bitte.

WILLEIT: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Danke. Sind Einwände zum Protokoll. Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt. Abg. Delladio zu was denn?

Ich wollte nur etwas mitteilen: Sie wissen, daß wir heute geplant haben, den ganzen Tag bis sechs Uhr zu arbeiten, daß aber gleichzeitig am Nachmittag um vier das Begräbnis des ehemaligen Kollegen Pellegrini stattfindet. Da bin ich jetzt im Spannungsfeld zwischen jenen die sagen, wir arbeiten durch und entschuldigen die Abgeordneten, die zum Begräbnis gehen und schicken sozusagen eine Delegation hin, und jenen, die meinen wir sollten die Sitzung am Nachmittag absagen. Da habe ich versucht, einen Kompromißvorschlag zu überlegen, der folgendermaßen aussieht, auch deswegen weil ich gerne zum Begräbnis gehen möchte und bis dato jedenfalls keinen Vizepräsidenten habe. Er ist in Mailand und ich weiß nicht, ob er dann am Nachmittag rechtzeitig zurück sein wird. Ich glaube schon, daß ich als Präsident des Regionalrates, wo der Kollege Pellegrini doch wichtige Funktionen bekleidet hat - als Vizepräsident der Region und als Assessor usw. - moralisch und auch persönlich mich verpflichtet fühlen muß hinzugehen.

Also hätte ich gesagt, um einen Kompromiß zu finden, daß wir heute bis zwei Uhr arbeiten, dann frei geben und von fünf bis halb sieben weiterarbeiten, um ein bißchen aufzuholen, und damit hätte jeder die Möglichkeit, zum Begräbnis und zur Messe, die um halb drei ist, zu gehen. Das ist mein Vorschlag. Natürlich gibt es viele Varianten und jeder könnte es anders machen, aber ich hoffe, daß man mir recht gibt. Ich habe auch viele Kolleginnen und Kollegen gehört und habe gegensätzliche Tendenzen festgestellt. Aber bitte, Abg. Kury.

KURY: Herr Präsident, ich begrüße Ihren Vorschlag, daß Sie am Nachmittag allen Abgeordneten die Gelegenheit geben wollen, an der Beerdigung teilzunehmen, habe

allerdings Bedenken, heute zu Mittag einfach eine Stunde anzuhängen, und zwar einmal formaler Natur, zumal ja die Einberufung des heutigen Regionalrats nur bis 13.00 Uhr erfolgt ist, also insofern zwischen 13.00 Uhr und 15.00 Uhr kein Regionalrat einberufen ist; und zweitens ganz einfach auch praktischer Natur. Es wäre dann wohl angebracht gewesen, wenn Sie gestern darauf hingewiesen hätten, daß Sie diesen Vorschlag unterbreiten wollen, damit sich alle Abgeordneten ihre Mittagspause organisieren hätten können. Zumal das nicht passiert ist, bin ich jedenfalls, obwohl ich einige Male nachgefragt habe, wie Sie es denn heute halten wollen, so verblieben, daß bis 13.00 Uhr gearbeitet wird und ich ersuche Sie, zumindest den Vormittag bis dahin so einzuhalten, weil einige Abgeordnete einfach ihre Mittagspause bereits mit anderen Verpflichtungen belegt haben.

Im übrigen möchte ich nur noch kurz darauf hinweisen, daß die weiblichen Abgeordneten um Viertel nach zwei eine Verpflichtung haben, vom Chancenbeirat sind sie einberufen worden, um über ein Problem zu sprechen. Das habe ich gestern nicht vorgebracht, aber Frau Klotz erinnert mich zu recht daran. Also mein Vorschlag, Herr Präsident: am Vormittag die Sitzung aufzuheben, so wie die Einberufung sagt und am Nachmittag bin ich einverstanden, daß wir um 17.00 Uhr uns hier wieder einfinden.

PRÄSIDENT: Ich bringe das auch gerne zur Abstimmung, ich sage nur, mein Vorschlag war ein Kompromißvorschlag, rechtliche Bedenken habe ich keine. Wir stimmen darüber ab, erstens, und zweitens kann man ein Begräbnis und einen Todesfall nicht vorherplanen und somit kann das Parlament schon sagen: machen wir ein bißchen länger und unterbrechen dafür. Ich meine, daß das ein außerordentlicher Fall ist, aber ich höre mir gerne noch weitere Vorschläge an. Abg. Gasperotti, bitte - kurz, drei Minuten.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Sarei anche d'accordo di trovare la mediazione di prolungare l'orario fino alle ore 14.00, però riprendere alle ore 17.00 fino alle 19.00 non mi va bene, perché per quanto riguarda la mia persona non è possibile rimanere oltre le ore 18.00. Quindi propongo di chiudere alle ore 14.00.

PRÄSIDENT: Ja, wozu denn Abg. Benedikter, auch zur Geschäftsordnung. Ja bitte.

BENEDIKTER: Ich schließe mich formalrechtlich dem an, was die Abg. Kury gesagt hat, weil es nicht richtig ist, daß man von 13.00 auf 14.00 Uhr übergeht. Auch ich habe anderweitige Verpflichtungen. Und dann allerdings stimmt es was Abg. Gasperotti gesagt hat, nämlich um fünf Uhr wiederzukommen. Also wenn ich wählen kann, dann muß ich sagen, schließe ich mich dem Abg. Gasperotti an, daß bis zwei Uhr gearbeitet wird, aber um fünf Uhr nicht mehr.

PRÄSIDENT: Ich bin mir bewußt, daß wir den ganzen Vormittag darüber diskutieren könnten, wie wir es gestalten, aber da braucht es eben ein bißchen guten Willen und ein bißchen auch ein Vertrauen zum Präsident, der versucht, einen Kompromiß zu machen. Bitte erspart es mir jetzt, den ganzen Vormittag darüber zu diskutieren.

Es gibt unterschiedliche Tendenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen und ich muß dem auch Rechnung tragen. Wir stimmen darüber ab, und zwar getrennt. Der erste Vorschlag von mir ist bis zwei Uhr nachmittags zu arbeiten. Wenn das nicht durchgeht, dann lasse ich über die anderen Vorschläge abstimmen, nämlich früher aufzuhören.

Ich schlage vor, nachdem man gesagt hat, bis zwei schon und dann am Nachmittag nicht, daß wir abstimmen zuerst über die Vormittagssitzung und dann über die Nachmittagssitzung. Jetzt reicht es. Ich weiß nicht wer da der Vorsitzende in diesem Saal ist, bitte schön. Hören wir mit dem Theater auf, daß wir eine Stunde lang darüber diskutieren, in welcher Form wir Begräbnis gehen, da schämt sich ganz Südtirol für uns. So, jetzt wird abgestimmt.

Wer ist dafür, daß wir bis zwei Uhr durcharbeiten, vorbehaltlich der Abstimmung am Nachmittag? Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Zunächst einmal bis zwei und dann sehen wir weiter. Ich sehe da die breite Mehrheit. Wer ist dagegen. Gegenstimmen - bitte zählen. Sieben Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Damit ist der Stundenplan bis zwei Uhr aufrecht.

Der nächste Vorschlag ist: von fünf bis halb sieben, wobei ich dazu sage, Abg. Gasperotti, wenn jemand mir eine begründete Entschuldigung gibt, weil er Verpflichtungen eingegangen ist, dann werde ich diese Entschuldigungen voll aufnehmen.

Ein bißchen Ruhe bitte. Also, jetzt kommt von fünf bis halb sieben, immer heute, fünf bis halb sieben, wobei ich dazu sage, wenn jemand eine begründete Entschuldigung hat, weil er vorher bereits eine Verpflichtung eingegangen ist, außerhalb des vorgesehenen Stundenplans, so nehme ich das ausnahmsweise an. Grundsätzlich von fünf bis halb sieben.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Damit wird heute nur bis zwei Uhr gearbeitet und dann wird die Sitzung unterbrochen und wir sehen uns dann morgen wieder, um 10.00 Uhr. Die Präsidiumsmitglieder bitte um halb zehn, weil wir eine Präsidiumssitzung haben. Damit ist dieser Teil abgeschlossen. Danke schön.

Wir setzen jetzt die Generaldebatte zu den Wahlgesetzen fort. Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Delladio.

DELLADIO: Grazie signor Presidente. Egregi colleghi, finalmente parliamo di riforme elettorali. Più di una volta in capigruppo avevo espresso che era necessario esaurire la trattazione delle riforme elettorali entro il più breve tempo possibile. Anche ieri in capigruppo ho sostenuto la necessità di ricorrere alle sedute notturne per affrontare questo importante problema. Febbraio o marzo era il termine ultimo; febbraio è già passato, ci resta marzo o mai più.

Vi ricordate quando avevo chiesto la procedura d'urgenza per il mio primo disegno di legge, il n. 60 del 1995? Era il disegno di legge che trattava di riforme elettorali, il primo in assoluto: era il 10 novembre 1995. L'aula ha bocciato tale richiesta perché si diceva che non c'era la volontà politica a quel tempo, ma mi sembra che anche

ora non ci sia la volontà politica, visto che anche l'ora e mezza di lavoro, prevista per questo pomeriggio, è stata bocciata.

Sembrirebbe che ora non ci sia la volontà politica per le riforme e questo lo si desume dai comportamenti, il più evidente è quello dell'assenza del Presidente della Giunta, Grandi, alla discussione in aula dell'ultima riunione del consiglio regionale...

PRÄSIDENT: Mi scusi consigliere, un po' di calma, se dovete parlare, andate fuori, perché c'è troppo rumore in aula.

Prego consigliere.

DELLADIO: Altro aspetto che evidenzia la mancata volontà politica di attuare le riforme è quello dei litigi fra lo SVP ed il PATT sui punti da trattare per primi: le deleghe o la riforma elettorale; ultimamente sembrerebbe che ci fosse una convergenza. Ben due volte ho firmato la convocazione di riunione straordinaria del Consiglio regionale per trattare le riforme e questo evidenzia la volontà di riformare il sistema elettorale, dimostrata con i fatti, una volontà di portare a casa una, anche minima, riforma del sistema di elezione dei consiglieri regionali.

In quattro anni di legislatura ho perso i capelli, ho perso la pazienza alcune volte, però non ho perso la speranza di portare a casa una seppur minima riforma elettorale. Urgente e necessaria sarebbe anche la riforma della legge sui comprensori, la modifica alla legge sull'elezione dei sindaci e la modifica della legge che rivede le indennità degli amministratori dei comuni. Purtroppo siamo arrivati in là nella legislatura e queste riforme sarà ben difficile realizzarle, resta il fatto che la riforma elettorale è e sarà la madre di tutte le riforme di questa legislatura ed anche della prossima e lo spiegherò poi nel mio intervento.

Quello che si prefigurava all'orizzonte nelle ultime giornate di Consiglio regionale è una riforma che non è una riforma, ma un semplice aggiustamento, una soglia del 2,8% su base regionale. Meglio che niente. E' una deludente riforma, perché molto si è scritto, il Presidente Grandi ha parlato di Bicamerale regionale per le riforme, ed alla fine siamo ancora al punto di partenza e contemporaneamente anche al punto di arrivo della legislatura con una riforma che si può semplificare dicendo che "la montagna ha partorito un topolino": le varie maggioranze che si sono susseguite nella legislatura sono colpevoli di questa situazione.

Parlando di soglia: alcuni colleghi hanno parlato di soglia dicendo che questa vuol dire governabilità, io dico no, la soglia vuole dire semplificazione ed a tale riguardo è opportuno ricordare che nel Friuli-Venezia Giulia esiste una soglia del 4%.

Sono stati presentati 11 disegni di legge, più o meno complessi, la riforma elettorale è stata richiesta a gran voce dai soggetti economici ed istituzionali della società, in particolar modo quella trentina. Abbiamo assistito a continue crisi istituzionali sia in Regione che in Provincia di Trento. Il problema base di tutte queste crisi è la frammentazione dei partiti, però ci sono due tipi di frammentazione: quella di inizio legislatura e quella durante la legislatura. Quella durante non potrà mai essere bloccata. Noi siamo stati partecipi di un periodo storico difficile, il più difficile dal

dopoguerra, la frammentazione è dovuta anche ad accadimenti e situazioni politiche particolari. Penso agli eventi nazionali quali il 'ribaltone' e la rottura della vecchia DC, che non manca mai di stupire. Ultimamente abbiamo visto la rottura del CCD a livello romano dopo la discesa in campo di Cossiga, che da 'picconatore' opera per frantumare il centro, spingendo verso un bipolarismo da attuare. Abbiamo visto anche il CDU, che ha delle notevoli frizioni interne.

In sintesi i partiti si sono frantumati causando ingovernabilità. In particolar modo in Provincia di Trento vediamo una difficoltà di comporre maggioranze e per questi motivi i prossimi consiglieri regionali devono avere un sistema nuovo di elezione, un sistema nuovo politico nel contesto delle norme statutarie attuali, un sistema nuovo e semplificato che obbliga le aggregazioni e riduce il numero dei partiti che si presentano alla tornata elettorale e in questa sede deve uscire allo scoperto chi non vuole una seppur minima riforma elettorale. Per questo motivo in Commissione avevo avanzato la proposta di saltare la Commissione per le riforme, quella congiunta I[^] e II[^], e mandare i disegni di legge direttamente in Aula senza discussione, anche se è stata contenuta la libertà di espressione. Non c'era altro da fare, perché l'ostruzionismo era evidente: per accelerare i tempi.

Non posso ora esimermi dal relazionare e dal parlare sull'argomento più importante di questa legislatura. Ho parlato poco in Commissione elettorale, la Bicamerale regionale per le riforme, dove abbiamo visto la I[^] e II[^] Commissione regionali congiunte, per accelerare i tempi, come ho già detto, e per portare a compimento le riforme auspicate dalla popolazione e dalla comunità, in particolar modo quella trentina.

Non posso non parlare, anche perché sono presentatore di un disegno di legge e sono cofirmatario di altri due, il primo, in assoluto più realistico, era un correttivo, era uno stimolo per gli altri partiti affinché proponessero soluzioni in tal senso, il secondo, con altri colleghi, presentava un orientamento maggioritario ed il terzo era la media di altri con l'intendimento di far ritirare tre o quattro disegni di legge. Tutti questi disegni di legge comunque erano inseriti in un solco preciso e ben definito, volto ad aggregare i partiti, a favorire le alleanze, a tutelare le minoranze e a favorire la governabilità.

Sorge una domanda: quale priorità fra Regione e riforma elettorale? Qual è l'obiettivo più importante da raggiungere? Ritengo che la Regione possa essere salvaguardata e allo stesso tempo possa essere raggiunta una riforma elettorale che porti agli obiettivi espressi poc'anzi. Non si può ragionare nella contingenza, ma in termini di ampia progettualità politica. La Commissione bicamerale ha garantito l'istituto Regione, la Regione pertanto non si tocca, la Regione è il contenitore privilegiato.

Non possiamo parlare di riforma elettorale senza esaminare il nuovo ruolo che dovrà avere la Regione. L'accordo Degasperi-Gruber è stato il primo atto di un processo storico in seguito al quale oltre all'Alto Adige è diventato autonomo anche il Trentino, che in linea di principio avrebbe dovuto esserlo comunque. Il Trentino avrebbe avuto e mantiene il diritto di governarsi da sé. Si tratta di un diritto che non discende dalle vicende della storia recente, ma affonda le sue radici in una tradizione

millenaria, basti pensare alla Magnifica Comunità di Fiemme, esempio storico di autonomia antica e di autonomia nell'autonomia.

Se non partiamo da questa convinzione, avremo sempre il problema di doverci giustificare, sentendoci quasi in colpa per avere goduto di un beneficio o di un vantaggio che solo fortuitamente e non certo perché abbiamo dimostrato qualità migliori degli altri siamo riusciti ad ottenere.

La realtà attuale vede un Trentino abbandonato e snobbato da Vienna, attaccato e vituperato dalle regioni e Province italiane contermini, perché considerato parassita che vive di risorse non proprie. E' chiaro comunque che per mantenere e potenziare un'autonomia di scelta occorre puntare a un'economia autosufficiente e dimostrare di saper gestire oculatamente le risorse.

Nella nostra realtà istituzionale occorre favorire una coabitazione rispettosa delle differenze emergenti in questa area, coabitazione che si realizza soltanto per mezzo di una relazione sistematica fra le differenze. Senza questo fitto scambio e dialogo, senza l'interazione fra popolazione italiane e ladine del Trentino e popolazioni italiane, ladine e tedesche dell'Alto Adige, a tutti i livelli, l'autonomia regionale e a maggior ragione l'autonomia della Provincia di Trento non si giustificano più.

Oggi, al di là di una sterile professione di fede euroregionale, la politica trentina non ha fatto nulla in questi 50 anni e non fa nulla per rinsaldare e sviluppare concretamente questo sistema di relazioni con la Provincia di Bolzano, italiana, tedesca e ladina perciò lo SVP tira una conseguenza pragmaticamente ineccepibile quando propone di abolire la Regione, essendo già un dato di fatto incontestabile la sostanziale separatezza delle due Province.

Da mille anni le popolazioni convivono in armonia, trentini e sudtirolesi, ora siamo arrivati all'insopportazione. Lo vediamo anche in termini conflittuali in Regione nella diatriba maturata tra il Vicepresidente Pahl ed i dipendenti regionali; dichiarazioni che abbiamo trovato sulla stampa, che mascherano la volontà di ripristinare la proporzionale all'interno dell'istituzione Regione.

E' evidente l'inettitudine politica che ha avuto il suo massimo in questa legislatura. Il partito di raccolta sudtirolese, tuttavia, sbaglia quando afferma che l'autonomia di Trento non soccomberebbe a questo cambiamento, vale a dire all'azzeramento della Regione, perché non basterebbe certo aggrapparsi alla secolare cultura e tradizione autonomistica della comunità trentina, per conservarne le speciali competenze e soprattutto le particolarissime risorse. L'ancoraggio dell'autonomia trentina è essenzialmente regionale.

E' vero quindi che Trento e Bolzano devono camminare insieme nella cornice della Regione. I colleghi trentini, quelli del PATT, del PDS, la galassia dei partiti della sinistra più alcuni componenti del centro a parole difendono l'istituto regionale, di fatto ne pregiudicano l'esistenza visto il contenuto del documento programmatico, sottoscritto nell'estate del 1996. In esso si legge tra l'altro di delegare alle Province autonome di Trento e di Bolzano le competenze in materia di camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura, cooperazione e credito, svuotando, con il conseguente ulteriore indebolimento, la Regione.

Penso che siamo arrivati al punto che solo un nemico comune farà di nuovo dialogare e coalizzare le due Province, un nemico che a mio modesto parere è identificato nella volontà concreta di smantellare la particolare situazione autonomistica delle due Province.

Le Province di Trento e Bolzano devono recuperare l'attitudine a comunicare in tutte le circostanze e su tutti i problemi che riguardano l'autonomia. E' chiaro infatti che per rinsaldare e rilanciare i rapporti fra Trento e Bolzano il nuovo patto regionale dovrà essere internamente solido, ma soprattutto proiettato verso l'esterno, in grado cioè di configurare una maggiore "massa critica" nei confronti di tutti gli interlocutori istituzionali, statali e sovrastatali, potenziando ed ampliando le capacità di penetrazione e di partecipazione di quest'area alpina alle scelte politiche nazionali ed europee.

Solo un nuovo accordo di questa natura fra Trento e Bolzano consentirà di superare costruttivamente l'attuale modello della Regione, rimasta effettivamente una "scatola vuota" e che oggi è indispensabile riempire di contenuti di grande valore e di interesse reciproco. E' a partire da questo patto che le due Province potranno scrivere insieme il terzo statuto della storia dell'autonomia.

La commissione Bicamerale ha previsto un termine di due anni per rifondare ed adeguare lo statuto di autonomia, pertanto la prossima legislatura sarà costituente e lo vediamo già da oggi sui giornali che è stato inserito la possibilità di votare e di eleggere i vari Presidenti delle Province e della Regione.

Aspetti negativi della commissione Bicamerale sono quelli che non è stato varato un vero federalismo, non è stata prevista un'assemblea federale che serva da raccordo con le autonomie locali e non è stato recepito il vero senso del principio di sussidiarietà e cioè che il pubblico non deve intervenire laddove il privato, gli enti intermedi possono fare da soli ed a costi minori. Non è stato modernizzato il paese mettendolo al passo con l'Europa, meglio sarebbe stata l'assemblea costituente.

Ritorniamo a parlare di statuto. Il primo creò la Regione, il secondo trasferì i poteri dalla Regione alle Province, il terzo dovrà fare della Regione lo strumento privilegiato di collaborazione interna fra Trento e Bolzano per sviluppare la comunicazione esterna e quindi l'immagine autonomistica delle due Province.

La nuova Regione dovrà essere lo stabile punto di raccordo di comune progettualità politica delle due autonomie provinciali, recependo nell'ottica del federalismo i poteri che l'auspicata nuova carta costituzionale trasferirà alle regioni: fisco, strade, ambiente, turismo, rapporto con l'Europa, tutela delle minoranze.

Le due autonomie provinciali sono quindi anzitutto chiamate ad impegnarsi con un nuovo accordo, ad utilizzare lo strumento Regione come un mezzo potente per difendere la loro specialità, ma soprattutto per affrontare insieme e quindi con maggiori probabilità di successo le due grandi sfide esterne che si delineano all'orizzonte, quella della riforma in senso federale dello Stato italiano e quella della competizione tra aree omogenee interregionali, economicamente forti nell'ambito del confronto europeo.

Oggi queste due autonomie speciali non sono affatto chiamate a separarsi, bensì a dialogare e collaborare di più dentro la cornice regionale che ci unisce ed in un'ottica europea con lo sguardo rivolto in particolare al di là del Brennero.

E' evidente che gli estensori dello statuto di autonomia, il quale come abbiamo visto contiene i pilastri irremovibili, non modificabili in ambito regionale, sui quali adattare le regole elettorali per l'elezione dei consiglieri regionali, hanno ragionato sempre nell'ottica della 'frame' richiamata nell'accordo Degasperi-Gruber, identificata nell'istituto regionale come bilanciamento e annichilimento delle forze centrifughe ed etniche politiche presenti sul territorio.

Ora ci sono delle proposte di legge che ho menzionato all'inizio del mio intervento: riforme elettorali che si identificano in tre disegni di legge, il primo già presentato nel 1995, firmato dal solo sottoscritto, che prevedeva una soglia per la sola Provincia di Trento, tenendo conto del fattore etnico in Regione; il secondo disegno di legge, assieme al collega Morandini, che voleva portare un ulteriore contributo al dibattito politico, che introduceva la mozione di sfiducia costruttiva, dopo aver depositato un documento programmatico, una nuova Giunta, un nuovo Presidente e se non veniva identificata una nuova maggioranza si procedeva allo scioglimento del Consiglio regionale.

Questo secondo disegno di legge permetteva la indicazione del premier per la lista o le coalizioni di lista, simulando l'elezione del Presidente della Giunta; prevedeva anche la soglia di sbarramento al 5% per le singole liste, con un premio di maggioranza alla prima coalizione di quattro seggi ed alla seconda coalizione di un seggio. In questo disegno di legge si aumentavano le firme per presentare le liste e si riducevano a due il numero di preferenze. Tutto questo in una cornice unitaria regionale, recependo gli intendimenti del passato, che hanno visto scrivere il primo e il secondo statuto di autonomia.

Questi disegni di legge servono ed andremo a discuterli per favorire un bipolarismo, per favorire le aggregazioni, per garantire una governabilità politica.

Il terzo disegno di legge, che avevo sottoscritto, era una media di questi disegni di legge e permetteva l'introduzione della soglia su base regionale, permetteva il premio di maggioranza alla coalizione di liste e permetteva anche l'identificazione del premier.

Pertanto tre sono i disegni di legge che portano la mia firma in questo contesto di riforma delle regole per l'elezione del Consiglio regionale.

Ulteriori modifiche, non meno importanti da considerare, per una riforma regionale compiuta, dovrebbero contemplare, oltre all'indicazione da parte dei cittadini del premier candidato alla Presidenza delle Giunte provinciali e regionale, la riduzione del numero delle preferenze, come ho già detto, nonché norme cosiddette "antiribaltone".

Assolutamente le riforme non devono essere disgreganti, parziali e contingenti, pena il dover rincorrere le nuove evoluzioni politiche che nasceranno nel tempo, ma devono essere di ampio respiro e di lungimiranza politica, considerando l'esperienza e gli intendimenti del passato.

Il problema etnico è l'aspetto basilare della questione. Dai vincoli imposti dallo statuto di autonomia si desume che occorre realizzare condizioni particolari di alleanze interetniche nel caso si voglia intervenire con un premio di maggioranza alle liste o coalizioni di liste che ottengono la maggioranza relativa dei voti validi, in tal caso le norme che andiamo a discutere e forse approvare, dovrebbero contemplare un minimo risultato elettorale etnicamente rappresentativo.

Le considerazioni esposte intendono favorire il dialogo fra i gruppi etnici presenti in Regione per una crescita armonica e di rispetto reciproco. Attualmente c'è la Bicamerale che sta lavorando, quanto prodotto da questa commissione andrà ad essere analizzato dal Parlamento in duplice lettura, poi ci sarà il referendum. Pertanto le riforme strutturali e sostanziali, altrettanto necessarie quali la possibilità di nominare assessori esterni all'esecutivo e la concreta separazione dei ruoli fra legislativo ed esecutivo dovranno essere introdotte con una modifica statutaria di competenza politico-istituzionale superiore.

Nella prossima legislatura si dovrà riformare lo statuto e si dovranno produrre le nuove regole elettorali, se il Consiglio lo riterrà opportuno, visto anche che bisogna adeguare entro due anni quanto varato e speriamo che venga varato dal Parlamento e confermato dal referendum.

Occorre sicuramente riformare le regole per l'elezione del Consiglio regionale, permettendo la separazione fra carica di consigliere regionale e carica di consigliere provinciale: dovrà avere un unico sistema elettorale su base proporzionale con un numero di eletti ridotto su base regionale, con rappresentatività delle minoranze.

In una cornice di Province federate è poi possibile definire sistemi opportuni anche diversi per le due Province. Il problema etnico comunque deve essere sempre tenuto in considerazione all'interno della modifica delle regole esistenti.

Concludendo: un Consiglio regionale che è la somma dei due Consigli provinciali non è più sostenibile. Vi ringrazio.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Delladio. Die nächste Rednerin in Generaldebatte ist die Frau Abgeordnete Christina Kury. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

KURY: Herzlichen Dank, Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Eine Vorbemerkung: ich werde mich in meinem Beitrag nur mit der vorgesehenen Änderung des Wahlgesetzes für Südtirol beschäftigen und entschuldige mich gleich bei den Trentinern, daß ich in diesem Beitrag also nicht auf Trentiner Verhältnisse eingehen kann. Ich denke es gibt sehr viel zu Südtirol zu sagen und es ist sehr schwierig sich aus Südtiroler Sicht mit dem Trentino zu beschäftigen. Nur soweit wollte ich doch eingehen auf die Situation im Trentino, daß ich es bedauere, daß dem Einsatz meiner Kollegin Chiodi kein Erfolg beschert war, daß ich denke, soweit ich es beurteilen kann, daß der Vorschlag Chiodi für das Trentino sehr wohl ein guter Vorschlag gewesen wäre, wiewohl er auch für Südtirol inakzeptabel war. Und ich wollte noch etwas hier mich anschicken zu sagen, nämlich daß ich davor warnen möchte, daß man allzu große Hoffnungen daran knüpft, daß nur durch die Veränderung eines

Wahlgesetzes tatsächlich eine politische Stabilität im Trentino erreicht werden kann. Verzeihen Sie mir diese Bemerkung, aber ich denke, daß man sich zu Beginn dieser Legislatur angeschickt hat, eine Regierung zu bilden. Da gab es doch im Trentino zumindest zwei, drei relativ starke Parteien, zumindest in ihrer Stärke vergleichbar wie sie anderswo existieren und es hat nicht lange gebraucht, daß der Reihe nach diese Parteien zerbröckelt sind. Also rein durch das Wahlgesetz an und für sich, wenn nicht eine politische Abstimmung von Zielen besteht und wenn nicht wirklich der Wille besteht, auch bei Meinungsverschiedenheiten sich dennoch zusammenzuraufen, denke ich kann nichts geändert werden.

Soweit also nur meine Vorbemerkung zum Trentino und jetzt zu Südtirol, und ich würde ersuchen, daß meine Trentiner Kolleginnen und Kollegen doch auch bei ihrer Entscheidung über das Wahlgesetz die Situation in Südtirol mitbedenken und dabei nicht über Leichen gehen, was passieren würde, wenn die Reform, wie sie Fraktionssprecher Atz deponiert hat, in Südtirol stattfinden würde, dann gäbe es tatsächlich eine Leiche, nämlich die Demokratie.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt in Südtirol keinen einzigen Grund das Wahlgesetz zu ändern. Ich denke, darüber müssen wir uns wirklich eingehend unterhalten, denn die Gründe, die jetzt in der letzten Zeit immer wieder von einer Partei, nämlich von jener Partei, die einzige ist, die Vorteile daraus schlägt, wenn das Wahlgesetz verändert wird, ins Feld geführt werden, jene Gründe sind allesamt bei den Haaren herbeigezogen und ich werde versuchen, in meinem Beitrag hier darauf hinzuweisen, daß alle diese Gründe nicht stichhaltig sind.

Es gibt in Südtirol keinen einzigen Grund, der dafür spricht, daß das Wahlgesetz geändert werden muß. Das was im Rest der Welt angeführt wird, um Wahlgesetze zu ändern, trifft auf Südtirol wohl nicht zu. Wir wissen alle, daß die Mehrheitsverhältnisse in Südtirol mehr als stabil sind und daß hier wirklich kein Grund besteht, diese Stabilität bzw. diese unverhältnismäßige Stärke, von der andere größere Parteien in anderen Staaten Europas nur träumen können, noch einmal zu bestärken und damit das schmale Flächen Pluralismus, das in Südtirol am Leben ist, weiterhin zu beschneiden bzw. ganz zum Erlöschen zu bringen. Ich denke, daß jeder, wenn er im Herzen nur ein bißchen für eine lebendige Demokratie plädiert, dies einsehen muß. Die Demokratie in Südtirol ist leider Gottes benachteiligt, es gibt in Südtirol noch keine demokratischen Zustände und wenn schon sind alle Bestrebungen anzustellen, daß in Südtirol sich normale demokratische Zustände entwickeln können und nicht die Ansätze für eine Entwicklung bereits unterbunden werden.

Unter normalen demokratischen Zuständen empfinde ich, kurz gesprochen - darüber könnte man natürlich lange sprechen - als Kennzeichen erstens die Möglichkeit, daß es auch bei uns einen Regierungswechsel gibt, daß Menschen auch bei uns Parteien wählen können, weil sie mit ihrer Ausrichtung einverstanden sind und nicht weil sie sich irgendwo ethnisch einigeln wollen. Ich denke es wäre wesentlich, wenn wir in Südtirol endlich erreichen könnten, daß die politische Differenzierung nicht mehr längs der ethnischen, sondern längs einer politischen Bruchlinie verläuft. Das wäre aus meiner Sicht ein Beitrag zu einer echten Demokratisierung von Südtirol.

Nun, welche Gründe werden von dieser Partei, von dieser einen Partei, die aus der Wahlrechtsreform Vorteile zieht, denn so entstellt angeführt. Ich habe sie ein bißchen gesammelt und würde sie gerne hier widerlegen wollen.

Erstens: Monatelang sagt man uns und in der Öffentlichkeit: Naja, die SVP hat natürlich kein Interesse an einer Veränderung des Wahlgesetzes, eigentlich würde sie die gar nicht wollen, aber man muß den Trentinern bitte doch auch irgendwann einmal entgegenkommen. Wenn ich dann daran denke, daß es gerade die SVP war, die in den letzten Jahren und vor allem im letzten Jahr jene Wahlrechtsreform blockiert hat, die für das Trentino aus meiner Sicht tatsächlich eine Veränderung gebracht hätte, dann kann ich diese Begründung ganz einfach nicht ernst nehmen, und wenn ich daran denke, wie die SVP sonst relativ nonchalant den Trentinern Wünsche ausschlägt, kann mich dieses Argument, daß die SVP plötzlich aus Liebe zu den Trentinern ein Wahlgesetz durchboxt, das - siehe da - gerade ihr in Südtirol Vorteile bringt, nicht überzeugen. Dieses Argument scheint für mich ziemlich durchsichtig zu sein, daß es nicht ganz ernst zu nehmen ist.

Weiteres Argument: Wir wissen ja, daß im Grunde erstens von der SVP vorgetäuscht wird, daß sie kein Interesse hat an diesem Wahlgesetz, daß sie in Wirklichkeit alles daransetzt, dieses Wahlgesetz zu ihrem Vorteil durchzuboxen, daß sie gerne zwei Fliegen mit einem Schlag hätte, nämlich einerseits die Delegierungen und zweitens eine Wahlreform, die ihr Vorteile bringt: zwei Fliegen auf einen Schlag, das will die SVP momentan und ich kann mich wirklich nur wundern - es schaut jedenfalls so aus - als ob die Trentiner dieses Spiel hier mitspielen wollten. Aus Liebe zum Trentino passiert es ganz bestimmt nicht. Das zum ersten.

Weiters, was wird denn noch angeführt: ja, solange die Region besteht, leider Gottes besteht sie noch - sagt die SVP - aber solange sie besteht, sind wir wohl gezwungen, das gleiche Wahlsystem im Trentino und in Südtirol anzuwenden, wir können es zwar ein bißchen differenzieren, eben in diese Richtung, damit es uns zunutze kommt, aber mehr können wir leider leider nicht tun. Dann kann ich mich nur wundern, daß Leute auch aus dem Regionalrat dies nachplappern. Es würde genügen, jenen Bericht genau durchzulesen, den die hochrangig besetzte Kommission im Trentino unter dem Vorsitz von Paladin mit Dubis usw. herausgegeben hat.

Wer diesen genau durchliest und ich zitiere, der muß sich doch folgender Meinung anschließen, ich zitiere - nach den vielen Vorbemerkungen, sagt Prof. Paladin bzw die Kommission: „ciò avvalora l'ipotesi che i sistemi elettorali possano essere ragionevolmente diversi nei due collegi relativi alle elezioni regionali“ warum „tenendo conto del fatto che la peculiare esigenza di rappresentanza di gruppi linguistici diversi assume un preciso rilievo statutario quanto alla sola Provincia di Bolzano“. Es ist also ganz ganz klar, daß aufgrund der Minderheitensituation in Südtirol und aufgrund des besonderen Minderheitenschutzes in Südtirol das Wahlsystem sich in den beiden Provinzen unterscheiden soll. Es wurde selbst von einer Kommission nachgewiesen, die im Auftrag der Regionalregierung die Sache untersucht hat.

Also auch das überzeugt nicht, wenn ich daran denke - vielleicht können sich einige Kolleginnen und Kollegen noch erinnern, daß wir ja vor ungefähr zwei

Jahren ein Wahlgesetz im Regionalrat verabschiedet haben (damals ging es um die Wahl des Bürgermeisters und um die Wahl der Gemeinderäte) - welche Position denn da die Volkspartei eingenommen hat! Da war immer alles 100%ig anders zwischen Trentino und Südtirol, ja es ging sogar so weit, daß man sich da in diesen beiden Provinzen auf Wunsch der Volkspartei in der Frauenquote unterschieden hat: in Südtirol drei Viertel, im Trentino zwei Drittel z.B., daß man sogar unterschieden hat, wer zum ersten Mal den Gemeinderat einberufen kann, ja der Älteste und unterschiedlich in Südtirol.

Damals war alles anders und plötzlich, nur weil die SVP Nutzen daraus zieht, soll man ein einheitliches Wahlgesetz vorantreiben. Also auch das überzeugt nicht und wenn ich dieses Argument vorbringe, dann antwortet man mir: ja, liebe Frau, Sie wissen doch, wir können nicht in ein und demselben Gremium Abgeordnete sitzen haben, die im Trentino nach diesem System gewählt werden und in Südtirol nach einem anderen, das geht doch nicht, das wird doch jeder einsehen. Da kann ich nur sagen, warum soll das nicht gehen? Wir haben Gremien genug, Gremien, deren demokratische Legitimität auf alle Fälle die SVP ganz bestimmt nicht anzweifelt z. B. das Europaparlament. Hier hat jedes Land sein eigenes Wahlsystem und in dem Gremium sitzen Vertreter drin, die aufgrund von unterschiedlichen Systemen dorthin gewählt worden sind, aber kein Mensch würde daraus den Schluß ziehen, daß diese Vertreter nicht legitimiert sind, auch nicht die SV, sonst müßte sie ja mit ihren Abgeordneten dort ein ernstes Wörtchen reden.

Insofern überzeugt auch dieses Argument nicht. Letzthin dann, wenn die SV in Schwierigkeiten ist bzw. wenn sich ein Exponent der Volkspartei - und da muß ich ihn loben - praktisch kritisch dieser Wahlreform gegenüber ausgesprochen hat, wird dann von ihm ins Feld geführt: aber liebe Opposition bedenkt doch auch - ich meine jetzt Sie Herr Präsident - bedenkt doch, es könnte ja auch ein positiver Effekt für euch herauschauen, die SV denkt da vielleicht so gar nicht daran. Die Opposition könnte ja auch aufgrund des Zwangs zum Zusammenschluß gestärkt aus dieser Wahlreform hervorgehen. Dieses Argument kann ich auch nicht teilen, insofern als diese Reform für Südtirol ganz eindeutig die Opposition schwächt, zahlenmäßig schwächt, indem einfach kleine Parteien keine Chance mehr haben, im Landtag vertreten zu sein. Insofern kann man nicht eine Reform einführen und sagen: aber vielleicht geht ihr gestärkt hervor, wenn man euch zuerst einmal zahlenmäßig schwächt. Und das zweite, daß man zusammenführt, was nicht zusammengehört, ist auch ein Argument dagegen. Wir wissen, daß diese Nutzverbindungen oder die ganz rein strategischen Verbindungen kurz vor der Wahl im nächsten Augenblick wieder zerbrechen und damit erst recht zu einer Zersplitterung beitragen, die wir eigentlich nicht haben wollen. Also auch das Argument kann mich nicht überzeugen.

Weitere Argumente, die angeführt werden: ja, die italienischsprachigen Bürger in Südtirol sind aufgrund der Zersplitterung in den Institutionen nicht so richtig vertreten, man müßte ihnen mehr Gewicht geben. Indem man kleine Parteien eliminiert, wird die Vertretung der größeren Gruppierungen gestärkt und damit also auch die Repräsentanz. Auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, überzeugt mich nicht, weil

wir genau wissen, daß das Wahlgesetz, das die SVP anstrebt, eine Veränderung des ethnischen Gleichgewichtes mit sich bringt und daß damit von vornherein einfach die italienischsprachige Vertretung im Landtag - wir reden dann noch vom ladinischen Vertretern im Landtag -, daß die einfach gekürzt bzw. ganz eliminiert wird. Insofern kann man auch hier das Argument nicht auf den Kopf stellen und sagen, zuerst kürzen wir eure Vertretung, damit bekommt ihr dann vielleicht größeres Gewicht.

Im übrigen ist ja auch nicht gewährleistet, daß durch die Tatsache, daß kleinere Parteien eliminiert werden - ich rede jetzt vor allem von denen, die den italienischsprachigen Bürger vertreten - dann die Volkspartei sich als Regierungspartner jene Gruppierung aussucht, die tatsächlich ein Vertretungsrecht hätte. Da kennen wir die Volkspartei ja auch, daß das nicht unbedingt ihr Kriterium ist. Also auch das Argument ist nicht ernst zu nehmen und ich würde nur noch gerne darauf hinweisen, wie gefährlich es in Südtirol ist, die ethnische ausgewogene Besetzung der wichtigsten institutionellen Organe - ich meine den Landtag, aber auch den Gemeinderat damit - hier einfach diese ethnisch ausgewogene Besetzung in die eine oder andere Richtung zu verschieben. Ich glaube es ist wichtig, daß es in Südtirol weiterhin möglich ist, daß die Sprachgruppen sich in den Institutionen konfrontieren und womöglich zu einem Konsens kommen und daß hier jede Verschiebung eine gefährliche Voraussetzung auch für ethnische Spannungen ist.

Ich habe, denke ich, jetzt doch einigermaßen versucht zu belegen, daß die Argumente, die ins Feld geführt werden, nicht stichhaltig sind. Es gibt nur ein Argument von einer Partei und das ist die Machterhaltung der SVP. Ich denke, daß sie sehrwohl auch Grund hat daran zu denken wie sie sich auch womöglich über Tricks - und die Veränderung des Wahlgesetzes ist ein Trick - die absolute Mehrheit sichern kann. Das ist aber ganz und gar nicht legitim und es ist demokratiepolitisch inakzeptabel, daß sich eine Partei in einem Land die demokratischen Spielregeln so zurechtschneidert, daß sie daraus Vorteile zieht. Das kann ganz sicherlich belegt werden, denn soweit ich jedenfalls informiert bin, gibt es in Südtirol außer der SVP keine andere Partei, die an einer Veränderung des Wahlgesetzes Interesse hat, es gibt keinen objektiven Grund, es gibt keinen Konsens darüber und ich denke, daß es doch wesentlich wäre, daß bei der Erstellung der Grundlagen der demokratischen Spielregeln ein möglichst großer Konsens herrschen sollte. Jede Partei, die an Demokratie interessiert ist, müßte das eigentlich einsehen. Die SVP denke ich hat da einfach verlernt, auch nur einen Augenblick an demokratische Entwicklung zu denken. Das einzige was sie beseelt, besteht darin, ihre ureigensten kleinlichen Parteiinteressen hier durchzusetzen. Ich denke das Trentino müßte das verstehen und ich denke das Trentino müßte doch auch Interesse haben, daß sich in Südtirol eine Demokratie entwickeln kann.

Nun aber noch zwei Worte zu dem was eigentlich für Südtirol vorgeschlagen ist. Wir wissen ja, es gibt eigentlich nichts anderes als den Vorschlag, die Abänderung des Fraktionssprecher Atz zum Vorschlag Grandi. Abgeordneter Grandi sagt, im Trentino die 5%-Hürde plus d'Hondtsches System einzuführen und die Abänderung vom Abgeordneten Atz dazu, die sagt, in Südtirol Vollmandat und das d'Hondtsche System. Zwei Worte dazu. Vollmandat, also geknüpft an das

Verteilungssystem, das nach dem Herren d'Hondt genannt ist. Ich denke, daß darüber auch zu reden ist, daß dieser Aspekt des neuen Verteilungssystem in der ganzen Diskussion eigentlich zu kurz gekommen ist und daß vor allem die Kombination Vollmandat und das d'Hondtsche System tödlich und an und für sich in sich widersprüchlich ist. Warum? Das Vollmandat sieht praktisch eine Hürde vor. Sie beläuft sich nach Berechnungen nach den letzten Wahlergebnissen auf circa 2,8%. Das Vollmandat setzt bereits eine Hürde fest und zusätzlich dazu will die Volkspartei noch das Verteilungssystem nach d'Hondt einführen, das im Prinzip nichts anderes ist als wieder eine Hürde.

Ich zitiere einen Text, der mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde unter dem Titel „I sistemi elettorali“ von Giovanni Skepis von der römischen Universität, ein etwas älterer Text, der aber heute immer noch aktuell ist, und vielleicht könnten da auch die Trentiner kurz zuhören, zumal ja auch sie den Vorschlag haben, eine Hürde einzuführen, gekoppelt mit dem Verteilungssystem d'Hondt.

Ich zitiere: „Nei sistemi che adottano il metodo d'Hondt il riparto si effettua con un procedimento matematico tale da rendere possibile in tutti i casi l'attribuzione totale dei seggi sulla base di un solo parametro di misura, il comune divisore.“ Jetzt kommt der Satz auf den es mir ankommt. „Pertanto non avrebbe senso lo stabilire un quorum di lista, cioè un secondo parametro di misura diverso dal primo per ammettere o meno la lista al riparto dei seggi.“ Also, es hat keinen Sinn das eine System einzuführen, eine Hürde - Vollmandat oder 5% im Trentino - und dazu auch noch das d'Hondtsche System, weil sich hier zwei Systeme kreuzen, die in sich eine unterschiedliche Logik haben und im Grunde als Wirkung nichts anderes erzielen als eine doppelte Hürde. Ich zitiere einen belgischen Senator: „è nella logica indiscutibile di questo sistema d'Hondt non ammettere alcun quorum perché fa parte dell'essenza di tale sistema. Ciò che lo caratterizza è il ripartire tutti i seggi da attribuire fino a che non siano esauriti mediante quozienti naturali decrescenti per scala matematica, mentre un quorum è una barriera a questa degressione. Esiste dunque - und das ist mir wichtig - contraddizione fra questi due termini.“ Aber das macht offensichtlich nichts aus, man diskutiert weiterhin über die gekoppelte Einführung von zwei Systemen, die sich an und für sich widersprechen.

Für Südtirol - denke ich - ist diese Kombination tödlich. Ich denke man könnte - ich bin zwar absolut keine Verfechterin - getrennt darüber reden: wollen wir ein Vollmandat oder wollen wir das d'Hondtsche Verteilungssystem einführen, aber beides gekoppelt ist doppelt gemoppelt für die SVP, nämlich erstens läßt sie nur mehr diese Parteien zu, die die Hürde 2,8% erreicht haben, und alle anderen Stimmen sind also hinfällig, und dann verteilt sie die Sitze nach einem System, das die großen Parteien unverhältnismäßig belohnt. Ich denke, wenn das vielleicht in anderen Provinzen möglich ist, wo sich die Parteiengröße unterscheidet, 8% und 9% oder 16% und 17%, dann ist dieses Verteilungssystem legitim, aber bei uns, wo wir eine große starke Partei bei circa 50% und die nächste in der Größenordnung bei sagen wir 10% oder 8% haben, ist das Verhältnis einfach zu unterschiedlich und die Prämierung dieser großen Partei unverhältnismäßig groß. Rein durch die Anwendung des d'Hondtschen Systems, also ohne Vollmandat, nur durch die Anwendung dieses neuen Verteilungssystems,

bekommt die SVP drei Sitze mehr - und denken Sie - abgesehen vom Vollmandat. Beim Vollmandat, je nachdem wie die Zufälligkeitsquote ist, aber wenn es dann noch zusätzlich eingeführt wird, könnte sich diese Belohnung der Volkspartei um noch einen Sitz erhöhen. Glauben Sie wirklich, meine Damen und Herren, daß es das ist was Südtirol notwendig hat oder ob es nicht gerade das Gegenteil ist, nämlich eine Prämiiierung jener Parteien in Südtirol, die den Pluralismus gewährleisten und die vielleicht es irgendwann einmal in den nächsten 50 Jahren dazu kommen lassen, daß in Südtirol auch ein Regierungswechsel möglich ist. Ich glaube das wäre eigentlich anzustreben.

Ein Wort noch zu den Ladinern, ich habe nur mehr fünf Minuten. Wir wissen, daß - jetzt ist Herr Willeit weg - es auch eine Absicht der Volkspartei ist, durch diese Wahlrechtsreform die Ladins zu eliminieren, die Ladins also, die es zu ihrem Ziele gemacht haben, eine ethnische Vertreter der Ladinern in den Landtag zu entsenden. Nun bin ich persönlich absolut keine Freundin von ethnischen Vertretungen, das sei vorausgeschickt, aber ich denke, es hat keine Partei und niemand in Südtirol das Recht, einer Sprachgruppe, die glaubt, daß sie politisch sich dadurch legitimieren kann, daß sie sich ethnisch konstituiert, wie die Ladins es getan haben, das zu verbieten, niemand, und schon gar nicht jene Partei, wie es die Volkspartei ist, die ja das ethnische Vertretungsrecht der Deutschen praktisch zu ihrer Existenzgrundlage ernannt hat.

Wenn es für die deutschsprachige Bevölkerung - so wie die Volkspartei argumentiert - recht und billig ist, daß sie sie im Landtag, in Rom usw. ethnisch vertritt, dann muß sie jedoch auch den Ladinern dieses Recht zuerkennen. Ich denke die gesamte Fragwürdigkeit, ich denke die gesamte Bösartigkeit direkt an dieser Wahlgesetzreform, die von der SVP vorangetrieben wird, äußert sich in jenem Beispiel: bei jeder Parlamentswahl geht sich die SVP landauf landab europaweit darüber beklagen, daß sie beim nationalen Wahlgesetz einer 4%-Klausel unterliegt, und zwar für jenen Teil, der proportional zu vergeben ist. Allen ist wahrscheinlich zu Ohren gekommen, wie sehr sich die Volkspartei darüber beklagt, wie sehr sie sagt, daß das minderheitenfeindlich ist, damit schließt man uns einfach aus usw. usw. Nun kann man diesem Gedanken sehr wohl etwas abgewinnen, aber es ist nicht vertretbar und es ist geradezu perserv, wenn jene Partei sich über minderheitenfeindliche Behandlung beklagt und in Südtirol dort, wo sie das Sagen hat, genau dasselbe einführt und damit alle anderen Minderheiten praktisch benachteiligt bzw. genau dasselbe Maß an den Tag legt, das sie woanders beklagt. Ich denke diese Inkonsequenz der Volkspartei, die muß sie uns erst einmal begründen, welche Argumente sie denn für diese Inkonsequenz hier vorbringt.

Ich ersuche und ich wende mich jetzt vor allem an die Trentiner, doch dieses doppelte Spiel der Volkspartei zu durchschauen: 1. wir wollen die Delegierung, 2. wir wollen ein Wahlgesetz für Südtirol, das uns, ausschließlich uns, Vorteile bringt, und ich denke, wie sich die Situation jetzt anbahnt, daß man im Trentino eine Wahlreform macht: Vollmandat im Trentino, was keine Partei zufriedenstellt, glaube ich, keine Partei, und daß man das zum Anlaß nimmt, um in Südtirol eine Wahlreform zu machen, die nur eine Partei zufriedenstellt und alle anderen benachteiligt. Es wäre mir tatsächlich

unverständlich, wenn sich die Trentiner zu diesem schändlichen Spiel hergeben würden und ich ersuche Sie wirklich, da nachzudenken und auch Verantwortung zu empfinden für das was sich in Südtirol entwickeln kann bzw. was sich in Südtirol nicht entwickeln kann, wenn man eine Wahlreform in die von der SVP gewünschten Richtung erläßt. Ich bin gerne bereit mit jedem Vertreter aus dem Trentino darüber zu diskutieren, auch mir die Sorgen des Trentino anzuhören und ich bin auch gerne bereit, alle jene Vorschläge zu unterstützen, die für das Trentino eine Gewährleistung der Demokratie einerseits und die Möglichkeit einer Regierungsfähigkeit andererseits herstellt, aber ich ersuche die Trentiner auch das Südtiroler Schicksal mitzubedenken wenn sie abstimmen.

PRÄSIDENT: Danke Frau Abg. Kury. Der nächste Redner ist der ABG. Piks Leiter und dann ABG. Feder. Bitte schön Herr ABG. Leiter.

LEITNER: Danke Herr Präsident. Wie wir sehen, ist dieser Akt Wahlrechtsänderung sehr umfangreich geworden und seit Jahren versuchen gescheite und weniger gescheite Leute sich mit dieser Materie auseinanderzusetzen und einen Vorschlag zu machen, um die Region besser darzustellen und um das Wahlrecht zu verbessern. Ich kann mich dem selbstverständlich anschließen, daß es für Südtirol überhaupt keine Notwendigkeit gibt, dieses Wahlrecht zu ändern und das sagen auch die Vertreter der SVP selber, wenn man mit ihnen redet. Nach außen hin können sie es ja nicht sagen, weil man es anders ausgemacht hat und das hat den schalen Nachgeschmack oder Beigeschmack, daß man hier kurz vor Wahlen, nachdem man befürchtet, vielleicht die absolute Mehrheit erstmals zu verlieren, das Wahlrecht so zu ändern versucht, daß wenn man auch viele Stimmen verliert, man trotzdem mehr Mandate macht - und das ist Wahlbetrug.

Präsident Peterlini ist ja ein Experte in Wahlrecht und ich darf ihn zitieren, der selber sagt, „dieses System entspricht nicht der Demokratie.“ Es gibt schon auch in der Südtiroler Volkspartei Leute, die denken können und die dann und wann auch noch den Mut haben, eine eigene Meinung zu vertreten. Wenn man aber alles ein bißchen repliziert oder Revue passieren läßt, was in den letzten zwei, drei Jahren in diesem Zusammenhang auch von Südtirolern und vor allem von SVP-Leuten gesagt worden ist, dann stehen einem die Haare zu Berge und das fängt beim Landeshauptmann selber an.

Der Landeshauptmann hat es doch tatsächlich gewagt in einer Trentiner Zeitung darüber zu reden, daß man das Mehrheitswahlrecht in Südtirol einführen sollte, und er spricht sogar von der Möglichkeit von Wahlkreisen, was natürlich dann gleich ad acta gelegt worden ist, als der Sturm der Entrüstung zu groß geworden war. Er hat auch den Vorschlag gemacht, daß man Landesräte von außen nominieren kann. Man muß sich das einmal vorstellen, was in Südtirol los wäre, wenn man Landtagswahlen abhält und die Wähler entscheiden, diese Leute sollen uns vertreten, und dann geht der Landeshauptmann her und holt sich ganz andere Leute in die Regierung. Dann werden die Italiener sagen, brauchen wir ja überhaupt nicht mehr wählen gehen.

Wie sensibel der Bereich Wahlrecht für Südtirol ist, sieht man gerade auch am Beispiel des nationalen, des Parlamentswahlrechtes. Ich darf den wenigen Vertretern der SVP, die hier sitzen, in Erinnerung rufen, daß wir ja anlässlich der letzten

Parlamentswahlen eine Abmachung getroffen haben, für diese Parlamentswahlen wieder das Verhältniswahlrecht einzuführen, weil für Südtirol nichts ungerechter ist, wo drei Volksgruppen leben, als mit dem Mehrheitswahlrecht zu wählen, denn damit ist nicht der gleiche Zugang zu den Mandaten gewährleistet. Durch die Einteilung in Wahlkreise erreichen wir den Zustand, daß im Wahlkreis Bozen niemals ein Deutscher gewählt werden kann. Gleiches gilt für die ländlichen Wahlkreise, wo niemals ein Italiener gewählt werden kann. Das heißt man nicht, gleicher Zugang zu den Mandaten und hier sieht man ganz klar, daß man eigentlich dem Prinzip, dem Fundament des Autonomiestatutes widerspricht.

Bei der ganzen Diskussion darf man eines nicht vergessen, daß lange Zeit immer auch die Zukunft der Region mitdiskutiert worden ist, auch von der SVP aus. Ich habe einmal gesagt: was will die SVP nun abschaffen, will sie die Region abschaffen oder will sie die Opposition mit der Wahlrechtsänderung abschaffen? Wohl eher die Opposition, weil von der Region hört man jetzt nichts mehr. Jetzt ist man schon wieder auf Schmusekurs und versucht halt die Rosinen für die einen und die anderen aus dem Kuchen zu holen. Die Bicamerale hat ja nur Niederlagen für Südtirol gebracht. Es ist nicht ein einziger Vorschlag durchgegangen und schon gar nicht die Abschaffung der Region. Daß wir hier aber in diesem ständigen Spannungsfeld leben, ist in den letzten Jahren allen klar geworden, weil wir hier über ein Wahlrecht reden. Auch darüber zu reden, eventuell in den beiden autonomen Ländern verschiedene Wahlrechte zur Anwendung zu bringen, zeigt schon wie groß der Unterschied dieser beiden Länder Trentino und Südtirol ist. Ich weiß, daß es Gutachten gibt, die auch bestätigen, daß man in der Region Trentino-Südtirol mit zwei getrennten Wahlrechten wählen kann. Es wird dagegen - und davon gehe ich aus - sicherlich Anfechtungen geben und dieser Kampf ist sicherlich noch nicht bis zum Schluß ausgefochten, aber das wird man sehen.

Es ist leider der Fraktionssprecher der SVP nicht da, dem ich sagen möchte, - man hat der Opposition ja vorgeworfen, daß sie gegen die Delegierungen von der Region auf das Land, die man jetzt ja auch mit dem Wahlrecht verbindet, wäre - daß dieser Vorwurf natürlich ein ausgesprochener Blödsinn ist. Wir haben damals ja nur gegen die Vorverlegung dieses Tagesordnungspunktes gestimmt, aber man versucht halt hier über das Haus- und Hofblatt der Dolomiten Dinge zu verbreiten, die einer klaren Prüfung nicht standhalten, man schreibt es halt einmal. Dieses Spiel, das die SVP mit den Trentinern betreibt, was die Delegierungen anbelangt, dieses Spiel mit dem Wahlrecht, das ist äußerst gefährlich und das ist auch falsch. Wir lassen uns auf diesen Kuhhandel jedenfalls nicht ein. Wir hätten nichts dagegen, wenn Delegierungen von der Region auf das Land vorgenommen würden, im Gegenteil, da rennt man bei uns offene Türen ein, aber nicht auf diese Art und Weise. Wir wissen heute nicht, wie dieses Spiel überhaupt ausgemacht worden ist, nachdem man vom Mehrheitswahlrecht abgegangen ist. Von Südtiroler Seite aus schaut es so aus, als ob man sich auf das Vollmandat konzentrieren würde, und was das Vollmandat in der Praxis bedeuten würde, das hat die SVP ja selber in einer Studie, die Dr. Peterlini gemacht hat, ausgerechnet.

Es ist schon bezeichnend, daß der Präsident des Regionalrates vom damaligen Parteisekretär der Volkspartei einen Auftrag bekommt, Berechnungen

anzustellen wie die Zusammensetzung des Regionalrates aussehen würde, wenn das Vollmandat eingeführt werden würde. Natürlich steht es jeder Partei frei Erhebungen zu machen, Statistiken aufzustellen, aber hier geht es schon um sehr viel mehr. Wenn man sich dann die einzelnen Tabellen durchliest, dann hat man ganz klar den Eindruck, daß die SVP auch nichts unversucht gelassen hat, damit wirklich eine Prozenzhürde eingeführt werde, denn wie sonst würde sie sich diese Mühe machen auszurechnen wie der Landtag bei 3%, 4%, 5% und sogar bei 7% zusammengesetzt wäre. Um es vorwegzunehmen, bei 7% wäre die SVP nur mehr mit dem damaligen MSI alleine im Südtiroler Landtag vertreten. Bei 5% - und das sollten sich die Trentiner Kollegen und Kolleginnen auch einmal vor Augen führen - bei einer 5%-Klausel in Südtirol wären aufgrund des Ergebnisses von 1993 nur mehr 4 Parteien im Landtag vertreten, und zwar die SVP mit 25, die Freiheitlichen mit 2, MSI mit 5 und die Grünen mit 3. Das kann sicherlich niemand wollen und das ist auch nicht das Interesse der Südtiroler und das ist auch nicht das Interesse der Bevölkerung, weil wir das Autonomiestatut haben, das uns als Minderheiten schützt und das die Minderheiten grundsätzlich schützt. Deshalb sollte man hier keine wie immer gearteten Versuche am Wahlsystem machen, weil die Notwendigkeit nicht besteht.

Ich möchte auch den Eindruck unterstreichen, daß man hier vor allen Dingen die Ladins eliminieren möchte, denn mit dem Vollmandat würde man das sehr sehr wahrscheinlich erreichen, und die Ladinervertretung organisiert man sich ja anderweitig. Das kann nicht im Interesse des Friedens in diesem Lande sein und ich glaube, daß auch die SVP die klaren Spielregeln der Demokratie, die Aufteilung zwischen Regierung und Opposition einhalten sollte und nicht mit Änderung eines Wahlrechtes die Opposition wenn nicht ausschaltet dann doch so klein wie möglich zu halten versucht. Dieses Land braucht mehr Demokratie und die kann nur dann gewährleistet werden, wenn die Opposition stärker ist, es braucht immer eine starke Regierung und wir dürfen eines nicht vergessen: alle zusammen arbeiten wir für die Bevölkerung in diesem Land. Wir arbeiten nicht für die eigenen Interessen dieser oder jener Partei, sondern für Land und Leute. Je stärker eine Kontrolle ausgeübt werden kann, desto besser wird die Regierung sein, weil sie sich desto mehr anstrengen muß, und desto mehr Vorteile hat schlußendlich der Bürger - und darauf kommt es an.

Das stimmt schon, wenn die SVP gegen die 4%-Hürde bei den Parlamentswahlen Sturm läuft, dann dürfte sie nicht zulassen, daß in dem Land, wo sie selber regiert, zuungunsten anderer eine Prozentklausel eingeführt wird, abgesehen davon, daß auch Verfassungsrechtler die Meinung vertreten, daß das Vollmandat gegen das Autonomiestatut verstößt. Das sollte man auch bei dieser ganzen Angelegenheit bedenken. Wir befinden uns aber derzeit in einer Lage, in der nicht nur die Region Trentino-Südtirol in Krise geraten ist und es wird über die Zukunft dieser Region diskutiert. Nur mit dieser Zwangsbeibehaltung und mit dieser Schönrederei wird man die Region nicht erhalten können. Ich habe es hier in diesem Raum oft und oft gesagt, es wäre viel viel ehrlicher, wenn man die Region auflösen würde und die beiden autonomen Provinzen eine andere Form der Zusammenarbeit auch mit dem Bundesland Tirol suchen würden, im Rahmen eventuell einer europäischen Region Tirol, und auch

hier könnte es mehrere Kreise geben. Man kann den Leuten durch ewige Zeiten nicht verwehren, daß sie mit jenen zusammenarbeiten, wie es halt auch aufgrund der Geschichte und Kultur ein bißchen vorgegeben ist und man schon jahrhundertelange Erfahrung gemacht hat. Für mich ist es einfach ganz normal, daß eine engere Zusammenarbeit zwischen Südtirol und dem Bundesland Tirol näherliegt als eine Zusammenarbeit mit dem Trentino, wobei ich auch sage, daß das Trentino nicht ausgeschlossen werden soll. Ich möchte, daß man auch einmal ein bißchen ein Signal aus der Bevölkerung hört und daß man die Bevölkerung auch befragt, ob sie denn wirklich dabei sein will oder welche Form der Zusammenarbeit sie will.

Wenn man bedenkt welches Echo die diesjährige Präsenz des Trentiner Landeshauptmannes bei der Andreas-Hofer-Landesfeier nach sich gezogen hat, dann weiß man wie sensibel hier alle reagieren, wenn es um eine Zusammenarbeit in welcher Form auch immer zwischen Südtirol und dem Trentino geht. Es hat sehr viele positive Stimmen und es hat auch kritische Stimmen gegeben und ich war persönlich anwesend und habe dem Landeshauptmann Andreotti gratuliert und habe gesagt: ich bin mit 90% dessen was du in Meran gesagt hast einverstanden. Nicht einverstanden bin ich natürlich mit dem was du von der Region gesagt hast. Wenn die Trentiner natürlich sagen, daß das für sie eine Lebensversicherung ist, dann kann man das aus ihrer Sicht aus auch verstehen, aber wenn man eine Lebensversicherung abschließt, dann braucht es den Versicherungsnehmer und den Versicherungsgeber und die Voraussetzungen heute sind andere als sie 1946 gewesen sind. Wenn man aber eine gute Nachbarschaft haben will, wenn man gedeihlich im Interesse des Volkes zusammenarbeiten will, dann sollte man auch hier der Realität ins Auge schauen.

Fragen Sie einmal in Südtirol umher was denn die Leute von der Region halten. Man kennt sie fast gar nicht und diese wenigen Kompetenzen, die noch sind, sollte man ehestens auf die autonomen Provinzen übertragen, denn es geht nicht an, nur eine Hülle zu lassen, um zu sagen, jetzt sind wir halt in diesem Zwangskorsett, das man uns 1946 übergestülpt hat, weil einer ganz besonders schlau war und weil es andere nicht durchschaut haben. Ich glaube man sollte auch aus der Geschichte lernen, und niemand in Südtirol und keine politische Gruppierung hat Interesse daran, daß es nicht eine gute Zusammenarbeit mit dem Trentino gibt, aber es ist halt ehrlicher und besser, wenn man diese Zusammenarbeit aufbaut als wenn man sie von oben dekretiert. Das haben die Leute in allen Teilen der Welt auf lange Dauer nie akzeptiert und das haben auch die Südtiroler so nie entgegengenommen. Deshalb, wenn man von Wahlrechtsänderung redet, kann man es nicht tun ohne gleichzeitig auch über das Befinden dieser Zwangsinstitute zu reden. Es liegt an uns, ob wir auf alle Zeiten mit dieser Situation leben wollen oder ob wir sie verbessern wollen. Da gäbe es eine Verbesserung zu machen, aber nicht beim Wahlrecht, zumindest was Südtirol betrifft.

Ich habe Verständnis wenn im Trentino der große Wunsch nach einer Wahlrechtsänderung herrscht, weil dort ganz eine andere Ausgangslage ist und weil ganz andere parteipolitische Verhältnisse vorliegen, also ähnlich wie auf dem Staatsgebiet, und durch diese starke Aufteilung, die wir ja auch im Laufe dieser Legislaturperiode erst erfahren haben, wird deutlich, daß es natürlich schwer ist, mit

einer Mehrheit von 18 Leuten zu regieren. Das wird jeder einsehen. Wenn es möglich ist, nach getrennten Wahlrechten zu wählen, dann soll man bitte eine Wahlrechtsänderung machen, bei der sich das Trentino selber zu einer Mehrheitsentscheidung durchraffen soll, und in Südtirol sollte man das Wahlrecht unangetastet lassen.

Wir haben als Freiheitliche einen Vorschlag gemacht. Wir haben gesagt, daß wir uns vorstellen könnten, - und diesbezüglich haben wir auch einen Tagesordnungsantrag eingebracht - daß man eine Listenverbindung zuläßt. Warum die Listenverbindung? Weil uns immer wieder auch gerade von der SVP der Vorwurf der Spaltung, der Teilung mit der Möglichkeit der Listenverbindung gemacht wird, die auch nur technisch sein kann. Man verhindere, daß kleine Gruppierungen nicht verschwinden und das wäre in Südtirol nicht im Interesse der Demokratie. Deshalb haben wir gesagt, sollte - wir sagen es braucht keine - letztendlich die Änderung gemacht werden, dann sollte man dieser Forderung Rechnung tragen. Wir haben vor ein paar Monaten auch einen Vorschlag in die Diskussion gebracht und diesbezüglich hat auch der Kollege Bolzonello einen Tagesordnungsantrag, wie ich gesehen habe, vorgelegt.

Darüber sollte man auch reden, über die Direktwahl des Landeshauptmannes. Ich weiß, daß das nicht allen gefällt, aber im Interesse von mehr direkter Demokratie und weil die Tendenz europaweit so geht, sollte man darüber nachdenken. Derzeit ist das nicht möglich, weil es dazu eine Abänderung des Autonomiestatutes braucht und deswegen muß man das auch auf anderen Ebenen vorantreiben. Ich glaube aber es wäre auch hier auf Südtirol bezogen ein großer Vorteil, weil man den Landeshauptmann persönlich wählen kann und nicht unbedingt auch seine Partei. Dieses Stimmensplitting würde die Demokratie sehr wohl stärken, und ich habe kein Interesse den derzeitigen Landeshauptmann stärker zu machen, der ist stark genug. Es geht hier nicht um eine Person, es geht hier um das Prinzip und auch darüber sollte man in Zukunft, glaube ich, wenn schon reden. Das sind Dinge, die die Bevölkerung versteht und wie man hört auch will. Nicht aber Wahlrechtsänderungen, bei denen man nur die Kleinen bestraft und die Großen, auch wenn sie verlieren, noch größer macht. Das wäre das gleiche wie wenn man während einer Wattrunde die Spielregeln ändern würde. Das kann man so nicht machen und ich glaube, daß das die Bevölkerung auch wirklich nicht will.

Ich möchte abschließend noch einmal sagen, daß für die Regionalratswahlen der Region Trentino-Südtirol das reine Verhältniswahlrecht ohne jegliche Beschränkung oder Hürde gilt, und Artikel 25 des Autonomiestatutes lautet ja ganz klar: der Regionalrat wird nach dem Verhältniswahlrecht in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den durch Regionalgesetz festgesetzten Bestimmungen gewählt. Das Gebiet der Region unterteilt sich in die Provinzwahlkreise Trient und Bozen. Anders als in den übrigen Regionen des italienischen Staates, die mehrere Provinzen umfassen, findet nur ein gleichzeitiger Wahlgang zur Wahl des Regionalrats und des Landtags statt. Die Landtagsabgeordneten der beiden Provinzen bilden gleichzeitig den Regionalrat bzw. die in den beiden Wahlkreisen gewählten Regionalratsabgeordneten bilden im jeweiligen Wahlkreis auch den Landtag. Dabei handelt es sich um eine Form,

die in Italien einzigartig ist, wobei die Abgeordneten vom Status her zunächst Regionalrats- und dann erst Landtagsabgeordnete sind, obwohl dies keinesfalls mehr der politischen Gewichtung der gesetzgebenden Gremien entspricht. Darüber sollte man wenn schon reden, daß man als Landtagsabgeordneter gewählt wird und dann gemeinsam etwas bildet und nicht als Regionalratsabgeordneter, um dann eine andere Institution zu vertreten, weil die Gewichtung mittlerweile total anders ist. Die Kompetenzen bei der Region, wie ich schon gesagt habe, sind ja wirklich sehr sehr bescheiden.

Der Wahlkreis Trient, der ethnisch faktisch homogen ist, wenn man von den Sprachminderheiten absieht, zeigt das politische Spektrum, die für ganz Italien typische Aufsplitterung. Diese erschwert Mehrheitsfindungen und eine stabile Regierungsfähigkeit. Neben den beiden letzten noch sehr heterogenen Parteiblöcken des Mitte-links-Bündnisses und des Mitte-rechts-Bündnisses tritt im Trentino eine verhältnismäßig starke Lega und der PATT auf, auch eine Einzigartigkeit gegenüber anderen italienischen Regionen. Der PATT stellt ein Spezifikum in der italienischen Parteienlandschaft dar und steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der jahrhundertelangen Zugehörigkeit des Trentino zum Kronland Tirol und dem starken Wunsch nach Selbstverwaltung. Die starke Zersplitterung, die bereits das Wahlergebnis von 1993 gebracht hat, wurde durch weitere Spaltungen innerhalb der Parteien verstärkt, so daß immer wieder Überlegungen zur Änderung des Regionalwahlrechtes angestellt wurden, um klare Mehrheitsverhältnisse zu schaffen und damit Regierungsstabilität zu erreichen, und die verschiedenen Vorschläge aus dem Trentino haben wir bekommen. Es ist ja auch eine Regionalregierung auch wegen des Wahlrechtes aufgerufen worden. Der Vorschlag der damaligen Assessorin Wanda Chiodi hat ja schlußendlich dann keine Mehrheit gefunden und ist in die Brüche gegangen. Die Änderung des Wahlrechtes ist im Trentino auch für uns ein legitimer Wunsch. Das muß man verstehen.

Eine aber gänzlich andere Situation zeigt sich bei uns hier in Südtirol zur Sicherung der Rechte, und zum Schutz aller drei hier lebenden Volksgruppen gilt ein Proporzsystem, das die Grundlage des friedlichen Zusammenlebens darstellt. Die Mehrheitsverhältnisse im Südtiroler Landtag waren stets klar, da die SVP bisher bei allen Landtagswahlen die absolute Mehrheit an Stimmen und an Mandaten erreichen konnte. Aufgrund des Proporzsystems muß jedoch die Landesregierung so zusammengesetzt sein, daß jede Volksgruppe gemäß ihrer Stärke darin vertreten ist, daher mußte die SVP, obwohl über die absolute Mehrheit verfügend, stets italienische Regierungspartner suchen und gerade dieser letzte Faktor gestaltete sich seit den 80er Jahren immer schwieriger. Warum? Weil aufgrund der gesamtitalienischen Tendenz zu großen Parteibündnissen die autonomiefeindliche italienische Rechte hier immer stärker wurde. Bereits für die Legislaturperiode 93-98 mußten alle italienischen Abgeordneten aufgeboten werden, die nicht der sogenannten Rechten angehören, um alle der italienischen Gruppe zustehenden institutionellen Ämter überhaupt besetzen zu können. Das sind derzeit auf Landesebene deren vier: die Landesräte und das Amt des Landtagspräsidenten bzw. für eine Halbzeit des Landtagsvizepräsidenten. Dies bedeutet, daß derzeit vier der zehn italienischen Abgeordneten zu einer Zusammenarbeit bereit

sein müssen. Somit stellt sich die Frage der Mehrheitsverhältnisse wie im Trentino nicht, sehr wohl aber stellt sich - und das ist eine politische Diskussion - die Frage der Regierungsstabilität, weil wir andere ethnische Vorzeichen haben.

Inzwischen hört man eben, daß sich eine Wahlrechtsänderung abzeichnet, daß es eine Möglichkeit gibt, mit zwei verschiedenen Systemen zu wählen. Ich sage noch einmal: sollte dies rechtlich möglich sein, dann haben wir nichts dagegen, wenn das Trentino mit einem eigenen Wahlrecht wählt, für Südtirol aber verlangen wir, daß das Wahlrecht bleibt wie es ist, weil es wirklich keine wie immer geartete Notwendigkeit gibt, das Wahlrecht in Südtirol zu ändern. Sollte es geändert werden, dann, wie gesagt, werden wir den Antrag einbringen, daß man eine Listenverbindung zuläßt, wie es bei den Gemeindewahlen ist. Das geht aber nicht gegen die Verhältniswahl und das ist mit dem Autonomiestatut sicherlich vereinbar. Ansonsten Hände weg von einem Herumzündeln am Autonomiestatut, Hände weg von Überbordwerfen eines Systems, das in Südtirol gut funktioniert und Hände weg von einer Wahltäuschung und von einem Wahlbetrug, wo man mit weniger Stimmen mehr Mandate holen möchte.

PRÄSIDENT: Ja danke Herr Abg. Pius Leitner. Der nächste Redner ist der Abg. Fedel. Bitte schön Herr Abgeordneter.

FEDEL: Grazie signor Presidente. Signori colleghi, finalmente siamo arrivati nel vivo della discussione per quanto riguarda il pacchetto di leggi elettorali, che potrebbero rivedere e mettere mano a quello che è il sistema maggioritario delle elezioni per il consesso regionale della Regione Trentino-Alto Adige.

Indubbiamente di questo tema se ne è parlato molto a lungo, si è dato incarico ad insigni studiosi di vedere di trovare una soluzione, ne hanno parlato ampiamente la stampa, gli organi di informazione, la televisione, i giornali, eccetera, molto ne hanno parlato anche i vari partiti ed i vari rappresentanti dei partiti, siano essi nelle sedi elettive, siano essi dirigenti di partito.

Ora c'è stato chi, come il sottoscritto ed altri ha cercato di vedere in questa intricata matassa di notizie di disegni di legge, che hanno bombardato i rappresentanti del Consiglio regionale, alcuni punti di riferimento, ancora qualche tempo fa, che potessero essere così chiari da non poter essere confusi e tanto tenuti in considerazione per quanto riguarda la stesura di eventuali disegni della riforma elettorale.

Questi punti di riferimento sono di natura giuridica, statutaria e altri invece di natura di opportunità politica nel senso nobile del termine, di opportunità e non giammai di opportunità come opportunismo.

Quello per quanto riguarda l'opportunità di natura statutaria lo possiamo già incontrare all'art. 2 del nostro statuto di autonomia, allorquando si legge che nella Regione è riconosciuta parità di diritto ai cittadini qualunque sia il gruppo linguistico ai quali appartengono e sono salvaguardate le rispettive caratteristiche etniche e culturali.

Quindi l'art. 2 dello statuto, che è legge fondamentale e costituzionale dello Stato, sancisce e vincola ogni legge che può essere emanata dal Consiglio regionale o

rispettivamente dai Consigli provinciali al riconoscimento della parità di diritti ai cittadini residenti all'interno della Regione.

Quindi questo art. 2 ci mette chiaramente un paletto per quanto riguarda la volontà sorta all'interno del Consiglio regionale, non so se da proposte scritte o orali, di voler scindere la unitarietà sotto il profilo dell'opportunità politica in due sistemi elettorali diversi, adducendo a pretesto o motivazione il fatto che in Trentino la situazione politica è frammentata e diversa da quella che è in Sudtirolo, stante il fatto che esiste un grosso partito come lo SVP, che di fatto ha una propria maggioranza assoluta di per se stesso. Però questo non tiene in considerazione che fa da controbilancia, in Alto Adige ci sono altre forze politiche, altre genti che sono tutelate dall'art. 2 dello statuto di autonomia e sono i cosiddetti partiti di minoranza o meglio ancora, più nobilmente le minoranze etnico linguistiche, che, a detta della Costituzione all'art. 6, devono essere salvaguardate, non soltanto quella di lingua tedesca, non soltanto quella di lingua ladina e non soltanto quella di lingua italiana. Quindi il doppio sistema viene a cozzare certamente per quanto detto nell'art. 2 dello statuto di autonomia.

Non è certamente una strada percorribile sotto il profilo nè etico-politico, nè giuridico, una strada che dà soddisfazione a quelle che possono essere anche assodate esigenze di dare un regime diverso al metodo di eleggere il Consiglio regionale.

Dimostreremo poi ampiamente come non sia una riforma elettorale, qualsivoglia essa sia, che garantisce la governabilità ad una nazione o ad una Regione, come è il caso specifico nostro, che garantisce la governabilità e la stabilità degli uomini che sono eletti nei vari partiti o nelle varie liste, perché non c'è stato alcun medico, nè professore universitario di medicina, nè guardia medica che abbia detto a questo o quel consigliere di non rimanere nel proprio partito, ma di uscire dalla propria lista, non c'è una regola che impone ad un determinato individuo eletto di rimanere dopo essere stato eletto in questo o quel partito, in questa o quell'altra lista, queste sono cose che riguardano specificatamente le motivazioni politiche all'interno del partito, motivazioni o scelte politiche diverse, che sono venute man mano maturando all'interno di queste liste, di queste persone.

Va poi ricordato ancora che il mandato del consigliere, nel caso specifico nostro, è un mandato personale e senza vincolo, quindi stante questo, mandato personale e senza vincolo, nessuno può, sotto il profilo giuridico, in alcun modo imporre ad un consigliere di rimanere nella lista nella quale originariamente è stato eletto, ha titolo e diritto di potersi spostare mettendosi o nel gruppo misto o confluendo in altre forze politiche.

Quindi questo ragionamento ultimo che ho fatto non è tale da dire che elevando la soglia, oppure mettendo dei paletti o metodi si garantisca la governabilità di una Provincia o di una Regione. La governabilità si garantisce con ben altri metodi, che dipendono non certo dal numero degli sbarramenti, ma invece da altre questioni, da altri problemi, ben più alti che non quelli che possono essere un semplice sbarramento, perché uno basta che sia eletto in qualsiasi lista, il giorno dopo può cambiare tranquillamente lista, senza che nessuno possa dire qualche cosa e quindi non è lo

sbarramento o l'aumento del quorum che evidentemente può dare una soluzione al problema della governabilità, ma sono altri meccanismi che ho cercato, molto brevemente, di elencare e che fanno parte di atteggiamenti che sono solo quelli che possono vincolare il consigliere, ma non certo gli sbarramenti.

La nostra storia nazionale è carica di questi esempi, ho qui con me un testo sulle origini storiche della crisi italiana, potrei leggere da pag. 71 fino a pag. 240, dove troviamo ricorrente nella nostra storia come non sia mai stato il sistema elettorale a curare le piaghe del declino nazionale, anzi lo ha solo e semplicemente in qualche verso spostato per un po', però dopo qualche mese ecco che la cosa è saltata fuori e lo vedremo anche nei prossimi giorni a cosa è valso il 'matarellum' o cose di questo genere, già si sta cercando in qualche verso di cambiare.

Che cosa dicono gli autori, a pag. 71, riferendoci alla modifica della legge elettorale a livello nazionale si parla del 1882, non di ieri mattina: "si credette di poter fronteggiare la delicata questione dell'adeguamento dello stato liberale alla mutata situazione postbellica, affrontandola come al solito soltanto sul piano di meccanismi elettorali - ancora una volta come nel 1882 - ma si pensò di rimediare ai danni della guerra, alla situazione venutasi a creare dopo il primo conflitto mondiale rivedendo soltanto sul piano dei meccanismi elettorali e non invece mettendo a monte delle riforme di natura istituzionale prima e di natura sociale ed economica poi, che a monte avrebbero dato corpo o dato soluzione a quelle che erano le situazioni socio-economiche di quei tempi", ma questo è solo un piccolo aperitivo che volevo dare per convalidare il mio punto di vista.

Ancora una volta si dimostrava che la riforma elettorale da sola non poteva risolvere tutti i problemi di una sistema già precario ed ora sottoposto ad un lacerante processo di trasformazione, nelle classi dirigenti mancò la consapevolezza che la stabilità è omogeneità delle maggioranze. Da quel momento tutti i difetti congegnati alla politica italiana, alle classi dirigenti, al popolo italiano, vennero sempre più allo scoperto e fin da allora si cominciò a scambiare questi difetti con le cause della crisi, che invece erano di ordine diverso, la crisi della ingovernabilità o le crisi socio-economiche non sono la riforma elettorale, nè il meccanismo elettorale, ma sono il porre mano a quelle cause che ho indicato prima, che stanno a monte e poi arriviamo al discorso della riforma elettorale, eventualmente.

Comunque non vogliamo attardarci ulteriormente su questo, perché avremmo qualche altro capitolo più vicino al 1882-1912 per vedere come abbiamo qui ragione dicendo questo.

Se qualcuno si fosse dimenticato, vorrei ricordare che Autonomia Trentino Integrale, in data 1° luglio 1997, presentò un proprio articolato di legge per porre mano con la propria modestia ad un disegno di legge, che cerca di introdurre quella che si chiama 'soglia naturale'. Perché la soglia naturale e perché di questa iniziativa legislativa da parte di Autonomia Trentino Integrale? Semplice, i meccanismi più sono complicati e meno riescono a dare soddisfazione ai problemi ai quali si vuole porre mano, in modo particolare in una problematica così delicata e che, suscitando estreme

sensibilità, attraversa un po' i singoli uomini, oltre che le forze politiche nel loro insieme.

Già la denominazione è tale da dare una garanzia, noi cerchiamo di dare la potestà all'elettore di esprimere tanti voti validi, che divisi per il numero di consiglieri che sono assegnati a quel determinato collegio determinano naturalmente la soglia naturale, che è determinata dal corpo elettorale con una semplice divisione matematica, dà la opportunità di individuare le liste che possono avere titolo ad entrare nel Consiglio regionale o rispettivamente nei Consigli provinciali. Quindi senza doversi accapigliare tanto a studiare metodi o fare valutazioni, lasciamo in questa occasione, che è l'unica che ha il corpo elettorale di esprimere la propria voce.

Questo concetto è anche ribadito da un valente studioso di riforma elettorale, di Stefano Ceccanti, che sul giornale 'Adige' di qualche tempo fa, con un titolo ben rimarcato dalla stampa quotidiana, dice: "Accontentatevi della soglia naturale" e spiega perché l'unico passo oggi razionale, l'unico passo oggi accettabile; vediamo di collaudare questo sistema della riforma della soglia naturale, per poi vedere con meno agitazione, visto che siamo abbastanza vicini alle scadenze naturali, con maggiore decantazione delle cose, vediamo come si può migliorarlo, anziché lasciarlo come è stato fino adesso per 50 anni, dal 1948 ad ora, ecco che possiamo iniziare a fare il primo passo, che già dà degli ottimi risultati, come qui è detto dal prof. Ceccanti e come ne siamo convinti noi, prima ancora di aver letto il suo articolo.

La soglia naturale non ha odore nè di truffe, nè di leggi-truffa o di qualcos'altro, la soglia naturale è il responso che il cittadino elettore dà e che diviso per il numero dei consiglieri assegnati determina chi ha diritto di entrare nel Consiglio regionale.

Quindi mi auguro che il disegno di legge n. 93 venga approvato da questo Consiglio regionale nella proposta più lineare e più saggia, che non può essere contestata da chicchessia, in quanto è pulita, non rappresenta motivazioni di trucchi o trucchetti o cose di questo genere, che sono inseriti con metodi nuovi, con sistemi nuovi, come è stato ben ricordato dalla collega Kury, che nella parte finale del suo intervento. Mi rifaccio a quanto lei ha detto, non per sottolinearlo, ma semplicemente per dire che per quanto ci riguarda lei ha svolto un'analisi molto corretta su questo uso sotterraneo di certi metodi, che alla fine non appaio così in superficie, ma di fatto scavano minando quelli che sono corretti modi di stabilire la volontà dell'elettorato. Sono giochi che certamente non sono da noi approvati.

Se vogliamo andare ancora avanti per vedere come quelle riforme elettorali abbiano portato allo sfascio, al declino di questa nazione e mi ripeto in continuazione, non certamente ricordando sempre quanto ho citato, ma cercando di portare esempi più vicini, altri esempi che in un certo verso cerchino di convincere il Consiglio regionale, le varie forze politiche, che non è tramite la legge-truffa, come è ricordato a pag. 150 del testo menzionato, che si risolvono i problemi e fa specie ricordare, come quando, presentata alla Camera la legge-truffa, le sinistre su tutta l'area nazionale si batterono con passione per combattere questa legge-truffa che dava il premio di maggioranza, che anche il sistema d'Hont dà, ecco un'altra strada per cercare in qualche verso di

imbrogliare quella che è la vera espressione del voto popolare. Anche nel momento della legge truffa, questo pericolo è stato superato e l'Italia poté continuare a vivere un sistema democratico più corretto, senza premiare e senza nulla togliere a chicchessia.

Per ritornare ad altri esempi portati in questo testo, estremamente interessante, che forse avrebbe potuto portare ancora qualche motivo di riflessione, andiamo al nostro vecchio, ma sempre attuale fino a quando non viene cambiato, statuto di autonomia, ed ecco che incontriamo qui l'art. 25, abbiamo parlato dell'art. 2 dello Statuto, ma vediamo adesso l'art. 25, più volte ricordato in quest'aula da alcuni consiglieri: "Il Consiglio regionale è eletto con sistema proporzionale ed a suffragio universale diretto e segreto, secondo le norme stabilite con legge regionale.

Il numero dei consiglieri regionali è di 70. La ripartizione dei seggi tra i collegi si effettua dividendo il numero degli abitanti della Regione, quale risulta dall'ultimo censimento generale della popolazione, per 70 e distribuendo i seggi in proporzionale alla popolazione di ogni collegio, sulla base dei quozienti interi e dei più alti resti."

Quindi abbiamo un altro paletto, oltre che l'art. 2, come abbiamo accennato poco fa, che in un certo senso stabilisce come il sistema proporzionale sia l'unico percorribile sotto il profilo giuridico-legale, come è stato qui da tanti ricordato, e basta leggere lo statuto di autonomia, che non prevede neppure che ci siano né sbarramenti e neppure quozienti tali da impedire che la democrazia si possa svolgere nelle aule ad essa abilitate, cioè Consigli provinciali e regionale, anziché nelle piazze. Non è certamente escludendo le minoranze dalle aule consiliari, siano esse regionali o provinciali o dai parlamenti che si decapita la minoranza, oppure che si decapita la Democrazia, ma è tagliando fuori ingiustamente con marchingegni e colpi di forza che certamente non danno quella soddisfazione legittima stabilita dai principi e dai dettami costituzionali e poi ci lamentiamo se queste minoranze, come ai tempi delle 'Brigate Rosse' ce le troviamo nelle piazze o negli scantinati. La democrazia è fatta per dare sfogo legittimo e democratico a tutte le forze che vogliono esprimere le loro idee, le loro convinzioni e nelle sedi appropriate, non cercare di soffocarle, per poco o lungo tempo che sia, con marchingegni che indubbiamente non sono tali da essere chiamati con nobili intenti o nobili aggettivazioni.

Ecco perché il disegno di legge n. 93 da noi presentato, che dimostra un passo avanti nel voler far coincidere quelli che possono essere invocati i principi della governabilità, con quelli invece di una giusta rappresentanza democratica.

Questo è quanto noi volevamo dire, avremo modo ancora di intervenire sull'art. 1 o su altre motivazioni. Comunque ricordiamo con attenzione al Consiglio il nostro disegno di legge n. 93 e ricordiamo come anche a pag. 232, quindi siamo venuti nella prima Repubblica, si legge: "bisognerebbe prendere atto una volta per sempre che la sola riforma elettorale non è in grado di garantire la formazione di una maggioranza stabile e coesa, che unita intorno ad un premier garantisca la governabilità di cui un grande paese industriale ha bisogno, sia per risanare le finanze pubbliche, sia per contare di più sul piano internazionale."

Queste sono cose di questi giorni e noi arriviamo con l'ultimo treno a voler fare ciò che ormai altri stanno seppellendo, perché non è il meccanismo elettorale che sana le deficienze e le carenze, ma eventualmente potrebbe essere qui un'assemblea costituente, non colpi di mano che poi sono negativi, sia nell'immediato, come nel prossimo futuro.

Bisogna pensare alle riforme istituzionali, ecco quello che dicevano nel 1882, arriviamo secoli dopo per dire la stessa cosa e ci accordiamo che la stessa cosa si avvera anche in questi tempi. Un dato è tuttavia apparso chiaro dalla discussione che ha accompagnato il lavoro delle commissioni parlamentari, cioè con la revisione della costituzione rispetto delle procedure previste dall'art. 138, vale a dire che dovremmo limitarci ad un'opera di adeguamento e integrazione del testo costituzionale, tale da evitare fratture e da riconfermare linee fondamentali della carta costituzionale.

L'attenzione è quasi esclusivamente concentrata sul tema della legge elettorale, ecco, si lasciano i problemi nel cassetto e si guarda solo la legge elettorale, che rivela la visione angusta e strumentale di una classe politica preoccupata più del proprio futuro che di quello del paese. Questa è la fine del testo, tentativi che man mano si sono susseguiti nel passato, perché qui si sta parlando di giorni nostri e se non sono stato chiaro lo ribadisco ancora.

“L'attenzione quasi esclusivamente anziché sulle vere riforme socio-economiche istituzionali viene posta esclusivamente concentrata sul tema della legge elettorale, che rivela la visione angusta e strumentale di una classe politica preoccupata più del proprio futuro che di quello del paese”. Non debbo aggiungere altro dopo parole così chiare e non certo che vengono dalla scarsa conoscenza o esperienza del rappresentante di Autonomia Trentino Integrale, ma vengono enunciate e supportate da giuristi quali Ceccantini.

Vedo che il tempo è terminato e quindi concludo il mio intervento, riservandomi di riprenderlo successivamente.

PRÄSIDENT: Danke schön. Bevor ich der Abg. Zendron das Wort gebe, unterbreche ich für drei Minuten. Ich bitte um Verständnis. Tre minuti.

Wir setzen jetzt die Arbeiten vor. Ich gebe der Frau Abg. Zendron das Wort.

ZENDRON: Grazie Presidente. Mi permetta di notare l'interesse appassionato che c'è in quest'aula per una discussione che riguarda uno di quei nodi che in questa legislatura è stato definito fin dall'inizio come fondamentale, che viene al pettine un po' tardi, nonostante l'impegno del Consiglio regionale e l'approvazione di una mozione ad hoc, fin dai primi mesi della legislatura nell'impegnare il Consiglio ad una discussione che avrebbe dovuto preparare il lavoro, chiarendo le posizioni ed i problemi su questa materia, che, si sa, è difficile, che diventa tanto più difficile quando si arriva alla fine della legislatura e praticamente chi è forte può venire accusato di mantenere, di stravolgere la situazione a proprio interesse, proprio in vista della tornata elettorale.

Tuttavia si tratta di una questione importante, che riguarda la democrazia, una democrazia che è in difficoltà sia a Trento e sia anche in Sudtirolo, non credo che la

situazione di difficoltà riguardi esclusivamente il Trentino. Credo che qui non funzioni la politica, a tal punto che ci sono addirittura delle proposte che chiedono, in mancanza del dinamismo necessario della politica, della sua capacità di essere dinamica nel seguire gli avvenimenti, che dinamiche diventino le istituzioni e nella situazione di difficoltà che c'è stata noi abbiamo avuto come proposte quelle di modificare, anche in modo sostanziale, il nostro assetto istituzionale, a partire dalla richiesta così fatta, come se fosse una cosa scontata e come se fosse da sempre la politica, dello SVP di abolire la Regione, come se fosse una cosa da nulla, come se noi non avessimo uno statuto, che abolita la Regione non sta più in piedi, perché è fatto così e cioè prevede una Regione e due Province.

L'incapacità di affrontare seriamente le questioni della politica, di avere una politica all'altezza dei bisogni della società, ha fatto sì che si spostasse l'attenzione su altri obiettivi. Qual è la situazione di oggi? Ci sono delle maggioranze che si modificano, a Trento cambiando nella Provincia addirittura le componenti, in Regione altrettanto, nella Provincia di Bolzano assistiamo al curioso e scandaloso fenomeno di persone che vengono elette all'interno di un partito e che poi si trasformano in qualcos'altro e che indipendentemente da quello che ha detto il cons. Fedel, che è verissimo che i membri delle assemblee elette rappresentano la nazione esercitando le loro funzioni senza vincolo di mandato; cons. Fedel, mi permetta di dire che "senza vincolo di mandato" non vuol dire in pieno tradimento di quelli che sono stati gli impegni presi con l'elettorato, perché la parola "esercita le sue funzioni senza vincolo di mandato" non significa faccio quello che mi pare, che sarebbe una questione che riguarda la moralità, la serietà di una persona, ma addirittura credo non possa neanche essere interpretato come: mi faccio eleggere dalla sinistra, mettiamo la divisione più semplice e faccio una politica di destra, esattamente quello che è successo all'interno della Giunta provinciale di Bolzano, tanto per non andare lontani.

Quindi che cosa succede? Che i cittadini in questa situazione non sanno più chi hanno mandato a governare, non sanno più chi li governa e sembra che non abbiano diritto nella nostra situazione di sapere, nel momento in cui votano, chi andranno a votare e come andranno a votare.

Siamo arrivati ad un tale punto di deterioramento della situazione, che noi sentiamo il dibattito politico sui giornali a discutere intorno al concetto: vogliamo stare al governo o facciamo una campagna elettorale per andare al governo o vogliamo fare una campagna elettorale per stare all'opposizione, come se esistesse una cosa del genere, come se in democrazia si potesse andare a chiedere i voti dei cittadini per stare all'opposizione, ma come si può porre la questione in questo modo! La questione si pone con i contenuti, dicendo vogliamo fare questo e chi vince va al governo e chi perde sta all'opposizione, volendo tutti vincere. Perché nasce questa cosa? Perché qui ognuno difende la propria poltroncina, ormai noi siamo in una situazione in cui si fanno i calcoli, con 2000 voti riesco ad avere una poltrona e poi penserò dopo alla mia linea politica, ci sono anche dei partiti, che hanno un'immagine anche a livello nazionale, che qui si permettono di dire: 'stiamo con uno schieramento fino a novembre e poi

vedremo', leggete il giornale di oggi, troverete anche qui una dichiarazione di questo genere.

Credo che la frammentazione sia naturalmente favorita, da un lato da chi è forte, situazione di Bolzano, quale situazione ideale migliore c'è per uno SVP di avere tutti gli altri partiti assolutamente frammentati e divisi per governare meglio come vuole e con i contenuti che vuole e d'altro canto serve anche a quelli che, avendo l'abilità di fare la bassa cucina politica, sanno benissimo come nella situazione di confusione, in cui non emergono mai le aggregazioni vere sui temi e sulle questioni nodali della vita e della politica di una realtà, Provincia o Regione che sia, in questa situazione sanno muoversi molto bene attraverso i piccolissimo giochetti di bottega, che poi la bottega è sempre quella personale, l'interesse pubblico qui diventa non dico secondario, ma addirittura il nemico e quante cose di questo genere abbiamo visto in questa legislatura.

Tanto meno la politica è chiara e trasparente, tanto meno è chiara la situazione di chi governa e chi si oppone, il confronto avviene sui contenuti della materia di governo, tanto maggiormente aumenta il potere degli opportunisti, dei furbi, di quelli che stanno a guardare i cambiamenti e poi ne approfittano e poi si trovano nel momento giusto per acchiappare il proprio piccolo potere personale.

Noi proviamo a cambiare questa situazione attraverso una riforma elettorale, così arriviamo al punto. Allora è questa riforma che ci viene proposta, parlo della riforma ovviamente unica che sembra avere qui in qualche modo avuto una certa capacità di raccogliere un minimo di consenso e cioè una soglia un po' più alta in Trentino e una soglia naturale a Bolzano; è in grado questo modello di riforma di risolvere la questione della rappresentanza? Questa è la domanda che ci dobbiamo porre, perché si chiede uno sforzo straordinario, abbiamo dei giorni previsti con le sedute notturne, eccetera, per arrivare a fare uno sforzo straordinario e approvare una riforma che dovrebbe affrontare i problemi che ho detto e provare a risolverli.

Ho qualche dubbio; abbiamo una situazione in cui a pochi mesi dalle elezioni l'introduzione di una soglia semplice, della soglia naturale e del metodo d'Hont nella divisione dei mandati a Bolzano, ha un sapore più di strapotere della maggioranza assoluta del partito, che sembra temere i risultati delle elezioni e quindi vuole assicurarsi di ottenere più o meno gli stessi mandati attraverso un piccolo cambiamento tecnico del modo con cui si dividono i mandati ed una piccola eliminazione dei gruppi piccolissimi, soprattutto è evidente che mentre può spingere una parte di elettorato a coagularsi, il che è un bene, è evidente che l'obiettivo di questa introduzione della soglia naturale in Provincia di Bolzano è l'eliminazione del rappresentante della lista dei Ladins. Credo si debbano fare i nomi, perché in fondo gli altri si possono assestare, perché fanno più politica forse, personalmente mi augurerei molto che anche i Ladins si esprimessero più politicamente, che non facessero solo la bandiera etnica, in qualche modo poi Willeit lo fa, perché non è indifferente alla destra e alla sinistra, però il primo punto che pone è quello etnico.

Per quanto non condivida affatto il suo modo di porre le cose, devo dire che presentare, pochi mesi prima delle elezioni, come una riforma necessaria alla situazione di frammentazione della Provincia di Bolzano lo trovo non onesto, usiamo questa parola

così poco in voga nella politica, perché non risolve quello che è il problema e cerca di guadagnare qualche cosa da un'altra parte. La cosa peggiore di questa operazione è la suddivisione dei resti con il metodo d'Hont che invece regala allo SVP, in difficoltà probabilmente per gli errori della sua politica alle prossime elezioni, due nuovi consiglieri, forse quelli che perderebbe per il giusto giudizio dei cittadini, anche questa mi sembra una cosa non onesta, fatta a pochi mesi dalle elezioni e comunque anche fosse stata fatta un anno fa non sarebbe cambiata questa cosa.

Qual è la soluzione, prima che faccia alcune riflessioni sulla situazione del Trentino, che essendo io consigliere regionale, cosa che rivendico e voglio fare pienamente come consigliere regionale, perché non voglio limitare le mie osservazioni alla Provincia di Bolzano, in quanto credo che essendo consiglieri regionali abbiamo anche il dovere di impegnarci a capire che cosa significa, per tutta la nostra Regione, una modifica elettorale.

Voglio fare ancora un'osservazione per Bolzano. Credo che nella situazione attuale di difficoltà della democrazia nella Provincia di Bolzano, la soluzione non può venire da una piccola manovra di questo genere sulla legge elettorale, credo che la modifica possa venire solo da un rilancio della grande politica, in cui si entri in contatto con gli elettori, si spieghi, si chiariscano gli elettori quali sono gli obiettivi ed in cui ci sia la possibilità per gli elettori di capire chiaramente che cosa si andrà a fare, chi. Questo credo sia il grande impegno che ci dovrebbe essere ed il grande punto di domanda, perché o si risolve questa questione, a fronte di una disponibilità forte dell'opinione pubblica a cambiare radicalmente la politica, per come è stata impostata, basata esclusivamente sullo scontro etnico, sul conflitto etnico, quindi questa disponibilità a cambiare radicalmente, ad andare in una nuova direzione a chiedere un impegno forte nei confronti della convivenza, della formazione, del bilinguismo, di tutto quello che è necessario per vivere insieme, quindi dell'acquisizione degli strumenti che permettano un miglioramento decisivo della qualità della vita, proprio rispondendo a quelli che sono i cosiddetti disagi, di cui tanti si parla, ma che poi vengono presi come bandiera elettorale, invece che come un impegno a risolvere i problemi delle persone.

O si riesce a rispondere a questo, oppure non credo davvero che l'eliminazione di un paio di piccole liste - benché sia convinta che non sia giusto che ognuno si presenti e che avendo una parentela un po' abbondante riesca a farsi eleggere consigliere - possa portare alcunché di meglio all'interno della rappresentanza.

La questione della governabilità rimane aperta. Vorrei fare una piccolissima osservazione. Di solito il problema delle leggi elettorali ha questi due punti, la rappresentanza e la governabilità e qui si dice che Bolzano non ha problemi di governabilità, ma non li ha per adesso i problemi di governabilità, perché è un partito con la maggioranza assoluta, però poiché questa è un'anomalia che un partito etnico abbia la maggioranza assoluta e che quindi il contenuto della politica sia prevalentemente basata sul conflitto etnico, anziché sul vero bisogno di una società, naturalmente avendo risolto gli aspetti istituzionali del confronto etnico, il problema della governabilità sarà posto prima o poi, quando questo partito non avrà più la sua

maggioranza assoluta ed allora bisogna attrezzarsi anche per capire come e dove si andrà successivamente.

Per quello che riguarda il Trentino devo dire sinceramente che, avendo seguito abbastanza attentamente tutta la vicenda delle proposte di legge che sono state fatte, anche con molta generosità e molto impegno da moltissimi colleghi trentini, tutte indirizzate nel rafforzamento dell'aspetto della governabilità che è più evidente, a me pare che la proposta del 5% sia in qualche modo veramente inadeguato alle aspirazioni ed a quelle proposte che sono state fatte, mi sembra davvero poco e anche qui ho qualche dubbio se sia davvero positivo o se sia negativo. Buttare lì pochi mesi prima delle elezioni una soglia del 5%, certo che porta all'affrettato riunirsi di alcune forze politiche, certo che porterà alla riduzione di questo enorme numero di partiti e di liste che si presenteranno alle elezioni, o comunque sicuramente come risultato di quelle che riusciranno ad avere i propri rappresentanti, però dove sta la soluzione del problema della governabilità? Cioè noi abbiamo i due poli della legge elettorale, rappresentanza e governabilità, il problema del Trentino è la governabilità e la soglia del 5% agisce solo sull'aspetto della rappresentanza.

Non riesco ad immaginarmi che gli elettori trentini, il 22 novembre di quest'anno, se questa riforma verrà approvata, possano andare alle elezioni sapendo chi li governerà; da qui non lo vedo, se qualcuno mi spiega volentieri ascolterò tutti i colleghi che sono favorevoli a questa riforma e che mi spiegheranno come loro pensano che una persona normale, del popolo, come me che non si intende tanto di meccanismi elettorali, giusto perché se ne deve occupare, va alle elezioni e vorrebbe naturalmente sapere chi la governerà ed a mio parere in questo modo non lo saprà affatto, potrà dire che dovrà adattarsi a questo o quello, perché manca la possibilità per il suo partito di essere davvero rappresentato, però alla fin fine il problema della governabilità non viene affrontato.

Concludendo a me sembra che quella del 5% sia una proposta che alla fin fine cancellerà semplicemente qualcuna delle liste piccole, che magari non faranno in tempo, anche per antichi risentimenti, a organizzarsi insieme ad altri gruppi; quanti gruppi siete oggi? 18, c'era il Presidente grandi che faceva dei segni, 3 liste cancellerà, ne rimarranno 15? Mettiamo che ne cancellino anche 8 e che rimangano 10, mi sembrano tante lo stesso se non viene richiesto loro l'impegno di dire prima che cosa andranno a fare, prima che cosa propongono; abbiamo visto veramente in questa legislatura persone che hanno detto una cosa e poi hanno detto il contrario, ne abbiamo visto così tante al governo, non voglio fare i nomi, ma volevo dire a partire dal Presidente Grandi.

Vorrei interrompere qui il mio primo intervento, in maniera da avere 10 minuti per un secondo intervento. Grazie Presidente.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Taverna. Prego consigliere.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'aspettativa per oggi era riflettori puntati sul Consiglio regionale, perché il Consiglio regionale avrebbe dovuto affrontare

nella 'due giorni' finalmente la legge elettorale, ma si tratta forse di un equivoco della legge elettorale, siamo qui di fronte all'equivoco della legge elettorale.

Siamo confortati del resto che alla fine del mese, accanto a questa 'due giorni' ci sarà una cosa ed arrivare al tritico, il 24-25-26 marzo con un orario rafforzato e con la conclusione il terzo giorno dei lavori ad oltranza fino all'esaurimento del punto all'ordine del giorno. Ebbene, se queste sono le premesse, onorevole Presidente della Giunta, penso che è ben difficile immaginare oggi che al terzo giorno, anziché resuscitare Lazzaro, ci dovessimo trovare nella condizione di seppellire il 'de cuius' e non so se la cerimonia funebre debba essere eseguita in onore del Presidente della Giunta regionale, che oltretutto ha voluto arrogare a sé l'onore e l'onere della competenza elettorale, perché, a mio giudizio, e credo che qualsiasi commentatore attento lo possa e lo debba rilevare, quello che manca è una maggioranza che voglia giungere alla fine dei due, più tre, il Signore quando creò il mondo riposò al settimo giorno e da lì osserviamo che la domenica la dedichiamo al riposo e non al lavoro, qui ci avanzano due giorni, due più tre, evidentemente giusto che dovremmo riposare per due giorni, il sabato e la domenica e così abbiamo inventato la settimana corta, anche da un punto di vista delle riforma elettorale, così va il mondo ed è giusto che sia così!

Caro collega Delladio, proprio tu mi interrompi e allora mi provochi, e dopo aver scoperto che anche per quanto riguarda la materia elettorale siamo giunti alla settimana corta, scopriamo che il collega Delladio è firmatario di ben 3 disegni di legge, con tre soluzioni che sono antagoniste, contrapposte tra di loro. Anche qui, assessore Fedel, dobbiamo fare i conti!

Siamo seri, sul piano della collegialità la Giunta e la maggioranza non ci sono, il Presidente della Giunta, che si è riservato la competenza elettorale, tace, non è stato né promotore, né difensore di alcun progetto, le ha sposate tutte 10, di queste dieci il collega Delladio ne ha firmate addirittura 3, il Padre, il Figlio e lo Spirito Santo, sempre nella guisa della riscoperta della Bibbia, assessore Panizza.

Sotto questo profilo allora, noi di Alleanza Nazionale lamentiamo una assoluta mancanza di volontà politica da parte della maggioranza, se la maggioranza c'è si svegli e batta un colpo, per dimostrare la propria presenza, per quanto ci riguarda immaginiamo che al termine della discussione generale debba pur emergere una linea, una volontà, un disegno, perché altrimenti correremmo il rischio - e lo sento molto vicino, molto prossimo - che non si giungerà a nulla.

Stante l'attuale confusione che coinvolge un po' tutti, ma non Alleanza Nazionale, i colleghi che mi stanno vicino e che mi onorano della loro presenza, sanno perfettamente che Alleanza Nazionale, per quanto riguarda questo aspetto, era certa quando si è cominciato a parlare, è stata certa nel cammino e ancora più certa oggi, perché se si vuole giungere per davvero ad una qualsiasi soluzione per quanto riguarda una riforma, siamo così realistici da poter pensare che non possa che trattarsi di una mini riforma.

Perché parlo di una riforma 'mini', se mi consentite questo gergo, anziché una 'maxi'? Certo con la simpatica collega Wanda Chiodi alla competenza elettorale noi avremmo avuto una maxi riforma, forse con il Presidente della Giunta ci troveremo a

gestire una miniriforma, ma non è in virtù della corposità dei protagonisti che si può misurare la possibilità realistica e politica di giungere comunque ad una conclusione.

Non è possibile, a statuto invariato, collega Fedel, con l'art. 25 - è una pietra miliare, è un punto di riferimento, è lo zenit - immaginare soluzioni fantasiose che possono e debbono cozzare da un punto di vista giuridico, da un punto di vista politico.

Quindi abbandoniamo sistemi maggioritari, ci fa ridere che qualcuno possa onestamente pensare se non si voleva fare soltanto della demagogia, della propaganda, ma siamo qui, caro collega Fedel non per fare della propaganda o della demagogia, siamo qui per cercare di dare una soluzione concreta, possibile, praticabile e allora non parliamo di maxi riforme, non parliamo di riforme che vogliono introdurre il maggioritario e mi è veramente strano poter immaginare che qualcuno, anche nell'ambito dei tanti e autorevoli esponenti delle forze politiche del Trentino si possa immaginare di disegnare un sistema elettorale che differenzi il collegio di Trento dal collegio di Bolzano, quando si va ad eleggere un'Assemblea regionale con un sistema che non può essere che un sistema unitario, se si vuole mantenere ancora, da un punto di vista formale, in piedi l'Assemblea regionale.

Chi può, con onestà intellettuale affermare che sia giusto, oltre che legittimo, giusto sul piano politico e legittimo sul piano giuridico ed istituzionale che un consigliere eletto nel collegio di Trento possa costare 15 mila voti, mentre un consigliere eletto in Provincia di Bolzano possa costare la metà, mi pare sia evidente, una mostruosità giuridica, un non senso, un ritorno ad un sistema barbarico della rappresentanza, se noi volessimo per davvero immaginare che la soluzione elettorale possa essere così concepita.

C'è un problema di rappresentanza, c'è un problema di governabilità, è vero, ma voi sapete che in politica si può andare d'accordo per amore piuttosto che per decreto ed allora anche sotto questo profilo bisogna sgomberare il campo dagli equivoci, perché se si vuole per davvero creare delle aree di contrapposizione politica, le aree della contrapposizione politica nascono non già in ragione di una soglia di rappresentanza, ma in ragione di una identità di programma, di volontà politica.

Questo è il criterio che la Destra realisticamente ha sempre scelto, sempre perseguito, sempre battuto, tutto il resto è propaganda per consentire ai giornali di scrivere, è propaganda per coloro che vogliono a parole cambiare tutto, perché in definitiva non si cambi nulla e proprio perché vi è un disegno gattopardesco in essere, Alleanza Nazionale ha la volontà politica di smascherarlo, ma questo disegno lo dobbiamo e possiamo smascherare soltanto a sei mesi dalla convocazione dei comizi elettorali o dovevamo farlo molto tempo prima? Dovevamo farlo molto tempo prima e da qui vi è ulteriormente marcata la responsabilità della maggioranza, nella quale vi era anche il PDS, avrebbero dovuto farlo, come il Consiglio regionale votando quella mozione, la maggioranza, la Giunta, il Presidente della Giunta, che è rimasto sempre lo stesso. Grandi ed Andreotti sono rimasti gli stessi, non sono cambiati, sono gli stessi in quanto persone fisiche collocate sulla poltrona, ma da un punto di vista politico hanno cambiato, sono andati avanti, sono andati indietro, hanno girato a 360 gradi e sono

tornati al punto di prima, cioè hanno dimostrato di non volere nei fatti che si arrivasse ad una soluzione.

Non voglio consumare tutto il tempo, ho ancora 18 minuti e so benissimo che nel corso dei due, più tre giorni chissà quante altre posizioni potranno mutare, quindi mi fermo qui, perché voglio sentire i colleghi, soprattutto voglio sentire i colleghi che si dicono a parole più vicini ad Alleanza Nazionale, a quel centro-destra, che dovrebbe rappresentare unito l'alternativa al centro-sinistra e vorrei sentire anche come i partiti che siedono in Giunta e che fanno parte della maggioranza si confronteranno sulla pretesa dello SVP di avere prima le deleghe e poi votare la riforma, anche quella mini, quella piccola, che è l'unica seria, realistica possibilità che abbiamo di fronte.

Alleanza Nazionale non farà le barricate, tanto non ha paura né di soglie piccole, né di soglie alte, tanto per Bolzano quanto per Trento, qualsiasi sia la soglia, affronterà il giudizio degli elettori con fiducia e quindi non temendo nulla, non farà barricate. Alleanza Nazionale propone ed in due minuti, avendo il desiderio di mantenere ancora per me ulteriori quindici minuti nel proseguo del dibattito e quindi rinviando alla tre giorni, concludendo domani la due giorni, perché voglio sentire tutti gli altri domani, avendo la possibilità anche del ricorso alla tre giorni anticipo una cosa molto semplice: Alleanza Nazionale propone una soglia piccola, una soglia del 3% per il collegio di Trento e per il collegio di Bolzano.

Questa è una proposta realistica, l'unica proposta seria che può reggere, tutto il resto sono chiacchiere e coloro che si sono innamorati del 5% nel Trentino ed accettano tutto quello che può venire per quanto riguarda il collegio di Bolzano, dimostrano quei consiglieri trentini ancora una volta di avere una scarsa considerazione del ruolo della Regione e soprattutto dimenticano di una verità inconfondibile, che l'autonomia si regge soltanto se regge l'istituto regionale, che è il solo fino a questo punto abilitato a dare linfa alle due Province, altrimenti se questo disegno sarà modificato, pare di sì, perché abbiamo il Boato di turno, guastatore buono per tutte le stagioni, ha cominciato con 'Lotta continua' adesso naturalmente è l'uomo politico che va per la maggiore, intervistato come una grande Star e che ha in mano la bozza della giustizia!

Vi immaginate l'onorevole Boato mediatore della Giustizia, quando è stato lui da giovane il calpestatore della giustizia! Appunto dando al guastatore Boato la possibilità anche di confondere le idee su quello che è giusto, per fare in modo che quello che è possa non esserlo più, diamo al guastatore Boato la possibilità di fare danni anche per quanto riguarda l'autonomia, è meglio che Boato se ne torni a Venezia a pensare alla Laguna, uno sport sicuramente più bello e soprattutto meno pericoloso per quanto riguarda le sorti del Trentino-Alto Adige, è meglio che se ne torni a Venezia e che si dedichi ai problemi dell'acqua alta, perché in questo modo, abituato com'è a rastrellare acqua - come dice sempre il nostro caro e simpatico assessore Casagrande - forse lo sport del rastrellamento dell'acqua gli toglie le energie per andare a fare danni da altre parti.

Mi riprometto di concludere il mio intervento in una prossima puntata.

PRÄSIDENT: Dalbosco. Le sono rimasti dieci minuti consigliere. Prego

DALBOSCO: Nei dieci minuti di tempo che mi rimangono non ritornerò certo su quanto già affermato nel primo intervento della scorsa tornata, laddove ho argomentato a favore della maggiore necessità di un premio di coalizione in trentino, rispetto alla pura e semplice introduzione di una soglia, indipendentemente dal fatto che la soglia sia quella naturale, quella corretta, quella al 3, al 4, al 4,12 o al π cioè 3,14.

Indipendentemente da questo fatto, e per noi coerentemente con quanto abbiamo sostenuto negli anni noi ed altri ovviamente, occorre un correttivo del sistema proporzionale, che pur restando dentro la famiglia grande dei sistemi proporzionali, sposti l'assegnazione dei seggi a favore di quella coalizione che abbia ottenuto la maggioranza relativa, finché la medesima superi almeno un tetto minimo del 35% della proposta, che adesso vado ad illustrare brevemente. Infatti mi riferirò, come è ovvio data la scarsità di tempo, non tanto ad altre proposte, ma a quella più di recente presentata con cui abbiamo, con altri consiglieri, cercato di venire incontro alla realizzazione di questo assunto.

La sintesi sarà molto breve, perché poi mi interessano di più i commenti, d'altronde ciascun consigliere ha ricevuto la proposta, quindi suppongo anche che se ha voluto abbia potuto approfondire.

Per realizzare il premio di coalizione occorre dare la possibilità di formare delle coalizioni, questo va nel verso non solo del dopo elezioni, ma anche in quello del prima, innescando un meccanismo di trasparenza e di patto fiduciario, che con la singola quota elettorale è sempre subordinato a revoca, a modifiche, perché poi si vedrà cosa succede, quando una polizza addirittura che abbia il 20% deve mettersi assieme a tante altre forze.

Quindi prevedere coalizioni con capolista e programma comune è comunque un procedere verso una maggiore trasparenza e correttezza nei rapporti tra elettorato e rappresentanza. Ho già detto che la soglia dovrebbe essere il 35% per innescare questo meccanismo, limitatamente alla Provincia di Trento e questa sarebbe l'unica differenziazione rispetto alla Provincia di Bolzano, nel senso che poi la ripartizione dei seggi seguirebbe l'attuale sistema per quozienti e per resti, sia nell'una Provincia che nell'altra.

Altra modifica, evidentemente introducendo un correttivo di tipo premiale, i meccanismi di tipo soglia dovrebbero essere contenuti il più possibile per non incorrere in quelle disproporzionalità eccessive che andrebbero contro il regime proporzionale che lo statuto ci impone. Infine se una lista fa dei consiglieri, il capolista viene eletto sicuramente. Questo come dato tecnico, ma non minimo in vista di quelli che sono poi i giochi elettorali.

Mi fermo qui sulla sintesi, perché in realtà vorrei aggiungere una serie di commenti, innanzitutto delle avvertenze. Si continua a sentir dire in quest'aula una serie di cose che sono perlomeno scorrette, ad esempio l'interpretazione dell'art. 25, comma 2 dello statuto, cons. Fedel, già il Presidente del Consiglio Peterlini è intervenuto chiarendo quello che è l'ovvio significato di questo comma, ha a che fare con la

ripartizione dei seggi tra i due collegi di Trento e di Bolzano, non ha a che fare con la ripartizione dei seggi all'interno dei collegi, cioè per dividere questi 70 seggi si segue semplicemente la regola del quoziente del resto, per vedere se ai 35 è 35, 35 a 36, 40 a 30 ed il seggio in forse lo si assegna sulla base del più alto resto.

Ecco tutto, questo è stato anche convalidato come interpretazione dal Presidente del Consiglio quindi non ci si appigli ad un'interpretazione forzata e scorretta del comma 2 dell'art. 25, che è proprio inconsistente, infatti è evidente che questo comma parla di ciò che ho detto, cioè della ripartizione dei seggi tra i due collegi.

Altro discorso: la legge truffa. Anche oggi abbiamo sentito parlare di legge truffa, io non c'ero nel 1953, avevo ancora da nascere e penso che anche se ci fossi stato non avrei giudicato una legge truffa quella che all'epoca una DC, che peraltro stava perdendo la maggioranza assoluta, propose e che poi per 0,2 punti percentuali non scattò nella consultazione elettorale del '53.

La legge Acerbo è una legge truffa, quando a chi ha il 25% dà il 66% dei seggi, questa è chiaramente una legge truffa, ma se dei correttivi di tipo maggioritario non sono legge truffa nei paesi dove è nata la democrazia, i paesi anglosassoni, non si vede perché debbano esserlo in Trentino, tanto più che questa enfasi su una eventuale finalità truffaldina della legge elettorale cozza con l'altro assunto che spesso viene portato: ma le riforme elettorali non contano niente, i problemi sono ben altri. Questo benaltrismo, applicato alle riforme elettorali, si scontra con il fatto che non appena si propone una modifica consistente, si dice: altolà, questa è una truffa!

Allora i casi sono due: o i meccanismi contano o non contano. Se non contano non si può parlare di truffe e se contano si vada a vedere nella sostanza quanto e come incidono sull'effettivo formarsi della rappresentanza.

Già sentiremo di nuovo dire: la legge truffa proposta dalla Chiodi... e via dicendo, perché questo diventa uno degli insulti che si possono scagliare come pezzi di materiale immondo, addosso all'avversario, anziché ragionare.

Fatte queste due vertenze, chiudo il tempo a mia disposizione rivolgendomi in particolare ad alcune personalità del Consiglio o forze politiche, innanzitutto al PATT, che ha una duplice responsabilità. Allo stato attuale, all'interno del Trentino è, volente o nolente, il perno e quindi determina le scelte politiche anche in questa materia, più di quanto faccia il Presidente Grandi, il cui peso politico è molto minore, ma ha un'altra responsabilità, perché siccome allo SVP poco importa di quello che succede in Trentino e seguirà a ruota, salvo richiedere delle compensazioni ciò che propone il PATT, veramente anche in questo senso ciò che decide il PATT in effetti ha buona probabilità di succedere o non succedere in questo consesso. I sette eterogenei consiglieri del PATT hanno questa responsabilità, non dico storica, che è un termine eccessivo, ma sicuramente una responsabilità che devono assumersi di fronte ai cittadini ed allora secondo me siete troppo impauriti, perché non vi fate carico di questa responsabilità ed il vostro partito volete relegarlo ancora nel ruolo pre-governativo di chi si riserva di scegliere. Volete governare giustamente, lo state facendo, non importa se bene o male, però di fronte agli elettori dovrete pur dire finalmente: elettori, siamo un partito di moderato centro-destra, siccome questo centro ormai si sta separando e questa

è la destinazione storica in Italia ed anche in Trentino, noi ci assumiamo responsabilmente il compito di essere la guida o il perno della alleanza moderata, non di quella progressista o dell'Ulivo, chiamiamola come vogliamo.

In fondo ci abbiamo provato a stare assieme ed è stato un fallimento! Non ci si riesce, troppe sono le differenze, più di un anno non ci si è riusciti, traiamo le conseguenze e non si vede perché un meccanismo di questo tipo dovreste rifiutarlo per principio, ma anche su una logica di risultati non si vede perché il Trentino moderato dovrebbe alla fin fine premiare l'Ulivo piuttosto che un'aggregazione centrata da un'altra parte, spererei che vicesse l'Ulivo in un confronto chiaro, con un meccanismo di tipo premiale, ma non ne sono affatto sicuro, mi sembra più probabile che la proliferazione dei PPTTAA-CDU-CDR-CCD-Forza Italia-Autonomia Integrale, questa selva di sigle centriste o centro destre, abbia molte più 'chance' di avere la maggioranza relativa in Trentino, che non una coalizione dell'Ulivo.

Dalla Giunta non mi aspetto più niente e quindi è inutile rivolgersi alla Giunta e chiedere di prendere posizione, lo abbiamo fatto così tante volte, sarebbe assolutamente fiato sprecato, alle minoranze altoatesine chiedo di valutare con attenzione - già sentivo da parte di alcuni rappresentanti che questo viene fatto - il disegno di legge n. 104, dal momento che mi sembra che in assenza di meccanismo d'Hondt, con una soglia che è introdotta, ma la minima possibile, cioè 2,7 è una soglia naturale corretta, bene, si rispetti tutto sommato anche l'esigenza che proviene da questa Provincia, dove indubbiamente ci sono dei problemi da valutare con attenzione, in particolare quello posto dalla minoranza ladina, il nostro disegno di legge è compatibile con emendamenti che vadano nel verso di quanto previsto in effetti dallo statuto e su questo faccio ammenda, nel senso che il tempo è stato tiranno, ma è assolutamente emendabile nel verso anche di preservare in Alto Adige le statutarie esigenze della minoranza ladina.

A questo punto un'ultima parola su quello che faremo noi, faremo forse ostruzionismo, come la stampa si ostina a dire, nei confronti di altri disegni di legge che con determinazione la Giunta volesse sostenere nei mandanti verso una soglia? Non è mia e nostra intenzione, non siamo qui per fare ostruzionismo, ma per decidere, l'importante è seguire una metodologia - Presidente Peterlini rubo ancora due minuti, perché questa questione va pur posta - un metodo per poi arrivare alla votazione, in modo tale che la votazione avvenga con un ordine chiaro, in termini di assunzione e di responsabilità.

A me dispiace se non passerà una riforma, come è pur probabile, anche se non impossibile, siamo noi a decidere, di tipo premiale, un correttivo premiale al maggioritario, però ciascuno se ne assuma le responsabilità ed allora con che ordine andremo a votare, con l'ordine di presentazione di disegni di legge? Con un ordine stabilito diversamente dalla Presidenza? Questo è abbastanza importante.

In Commissione avevo proposto di andare a votazioni ad albero, però con 10 disegni di legge è molto difficile seguire un procedimento dicotomico: vuoi questo? No, passiamo a quell'altro. Scegliamo all'interno di questa materia vertente sulla soglia una proposta, ovvero un'altra se viene bocciata la prima.

Questo avrebbe il pregio della chiarezza, i trentini hanno il diritto di sapere chi si schiera pro e chi si schiera contro un meccanismo di tipo premiale, se poi si perde questa è la logica dei numeri, tanto peggio, però questa è la logica democratica. Così andremo a votare la soglia poi, dopo che saremo stati sconfitti sul premio e si saprà chi ha voluto cosa? In una logica di chiarezza e trasparenza anche in questo senso.

Chiedo alla Presidenza già se possibile di illuminarci sul metodo che verrà seguito nel prosieguo - finito il dibattito ed anche gli ordini del giorno - del nostro lavoro, perché non siamo qui a chiacchierare, non siamo qui neanche a dibattere e basta, siamo qui a decidere.

PRÄSIDENT: Danke. Der nächste Redner ist der Abg. Alessandrini. Prego consigliere.

ALESSANDRINI: Non so se avrò bisogno di tutti i 20 minuti che rimangono prima della conclusione di questa tornata e se quindi dovrò eventualmente riprendere la parola nella giornata di domani.

A questo punto del dibattito mi pare convenga che anche il nostro gruppo esprima una posizione precisa in quest'aula, dopo averla affermata e riconfermata e riaffermata in tante altre circostanze, sia in Commissione, sia negli organi di informazione.

E' opportuno prendere la parola anche perché il panorama incomincia a farsi più chiaro, le posizioni cominciano a definirsi, anche se restano le contraddizioni, come quella del collega Fedel, che si è fatto vanto all'epoca di aver presentato per primo una proposta di riforma elettorale ed oggi ci ha fatto tutta una palinodia di una sua stessa proposta di allora, perché ha centrato il suo intervento sulla sostanziale inutilità di qualsiasi modifica della legge elettorale, per migliorare i sistemi politici e sociali.

Vi sono contraddizioni come quella del collega Fedel e vi sono contraddizioni come quelle del collega Delladio, che non ha mancato nel passato di criticare la nostra proposta in nome del fatto che essa differenziava i sistemi elettorali e quindi è stata giudicata da lui impraticabile, quando lui stesso è presentatore di tre disegni di legge, che, a parte la contraddizione in termini che hanno al loro interno, non hanno chiarito questo stesso presupposto, da lui in certe circostanze affermato ed è in altre circostanze, se non altro di fatto, rifiutato e negato.

A parte questo panorama, con le sue luci e le sue ombre, con le sue definizioni ed incertezze, quello che preoccupa sotto questo profilo è la latitanza della maggioranza che regge questa Provincia e quello che preoccupa sono le incertezze che la attraversano, perché il cons. Fedel ha già detto di cosa lui oggi si è fatto portatore, eppure è parte costitutiva di questa maggioranza, quindi da un lato nega qualsiasi efficacia, qualsiasi utilità, di una proposta elettorale e dall'altra si è fatto paladino nel passato di una proposta elettorale ed appartiene ad una maggioranza che, sia pure con le incertezze che poi ricorderò, pare che abbia trovato un'intesa su un'idea di soglia differenziata per il collegio di Trento ed il collegio di Bolzano.

Su queste incertezze, Presidente Grandi, la chiamo finalmente a dare una risposta precisa. Lei, Presidente della Giunta regionale, in qualche modo rappresenta

questa maggioranza incerta ed indefinita ed ha il dovere, proprio perché leader e garante quindi di questa maggioranza in Regione, di definire finalmente qual è la posizione della maggioranza, cosicché poi anche noi possiamo dare il nostro contributo, nel senso di agevolare la proposta della maggioranza o, per chi non la riterrà sufficiente, di ostacolarla, ma è necessario proprio perché abbiamo visto le incertezze che la attraversano che ci sia finalmente una voce precisa, che dica cosa la maggioranza tende a fare sotto il profilo della riforma elettorale.

Sono troppe le variabili in discussione, è troppo importante questo problema, perché non abbiamo una risposta, anche sapendo qual è una delle esigenze a cui tiene il partito di maggioranza relativa di questa maggioranza e quindi lo SVP, sappiamo quanto interessi allo SVP il problema delle deleghe e quindi vogliamo sapere esattamente, sotto questo profilo, che atteggiamenti avete anche rispetto ai tempi, alle scadenze, perché le riconfermo che siamo d'accordo per introdurre una soglia che non sia simbolica, differenziando i sistemi e non siamo contrari all'attribuzione delle deleghe alle due Province nelle materie che costituivano già programma della maggioranza, alla quale siamo stati per un periodo componente organica.

E' necessario quindi che vi sia finalmente una parola rispetto a queste questioni, perché anche noi possiamo poi definire le nostre in appoggio o in dissenso alle proposte che questa maggioranza farà.

Ripeto, siamo al punto in cui è arrivata la discussione di questo problema, per sostenere un'ipotesi di soglia realistica per Bolzano e significativa per Trento, il che significa una soglia pari al quoziente naturale a Bolzano ed una soglia del 5% per la Provincia di Trento.

Questo lo riconfermiamo, anche sappiamo che questa nostra è una posizione subordinata, rispetto ad una posizione principale, che abbiamo sostenuto con convinzione, con determinazione, sulla quale abbiamo anche costruito una maggioranza nella consapevolezza che il passaggio attraverso una riforma elettorale seria era un passaggio necessario, anche se non sufficiente, per arrivare a migliorare il sistema politico e quindi la capacità di rispondere della nostra autonomia e degli organismi che questa autonomia rappresentano ed interpretano.

Questa nostra adesione ad una proposta di soglia differenziata per Trento e per Bolzano è una proposta subordinata, su modello iniziale con il quale noi ci siamo confrontati e che poi vedendo che i patti sottoscritti non reggevano e ci hanno determinato a prendere le distanze, a sciogliere la maggioranza che era stata costruita su quel programma e su quella proposta.

L'incertezza di questa maggioranza su questo terreno - perché è un terreno decisivo per ipotizzare un miglioramento dei nostri sistemi politici e quindi della nostra democrazia, degli ordinamenti della nostra autonomia - costituisce una ulteriore prova dell'origine in qualche modo trasformistica, opportunistica, sulla quale si è formata questa maggioranza, che su questo terreno non ha ancora detto, né all'epoca della sua formazione e nemmeno a distanza di mesi c'è stata una parola di chiarimento per mettere ciascuno di fronte alle proprie responsabilità.

Un'altra denuncia del carattere trasformistico ed opportunistico nella genesi e nella pratica che questa maggioranza ha vissuto nei mesi in cui ha avuto responsabilità, non possiamo pensare di non avere una posizione esplicita ed esplicitata su un terreno delicato come questo.

Ritorno a dire, come opzione principale, che ci siamo mossi con grande determinazione, con grande convinzione sul terreno di una sistema proporzionale corretto attraverso l'attribuzione di un premio di maggioranza. Qualcuno ha voluto tacciare questa proposta di chissà quali peccati, noi riteniamo che quella era una proposta compatibile con lo statuto, che parla di proporzionale, ma non parla di specificazione che i sistemi proporzionali possono caratterizzare, perché vi sono proporzionali con la soglia e vi sono proporzionali con il premio i maggioranza, si poteva discutere sulla quantità di quel premio e si è discusso, alla fine noi abbiamo preso atto che non vi erano le condizioni con i nostri alleati per portare avanti con serietà quella proposta e quindi abbiamo preso le distanze da quella maggioranza, continuando però a ritenere che una proposta seria, nel senso di raccogliere anche le istanze espresse da queste popolazioni al momento dei referendum elettorali, che risalgono ormai a qualche anno fa, una proposta in questo senso era stata espressa in maniera precisa dal corpo elettorale del Trentino e anche dell'Alto Adige, perché ricordate bene quale era stato l'esito dei referendum elettorali del 1992.

Qui notate bene che non è tanto e solo in gioco il problema di un equilibrio fra esigenze di rappresentanza ed esigenze di governabilità che qualsiasi sistema elettorale si propone, non c'è un sistema elettorale di per sé più o meno democratico, perché questo dipende dalle circostanze, non c'è un sistema elettorale buono in assoluto, qualsiasi sistema elettorale riflette poi le singole situazioni, le singole evoluzioni dei sistemi politici, culturali, perché se questo non valesse dovremmo dire, per esempio, che l'Inghilterra, che ha un sistema elettorale completamente diverso dal nostro, non sarebbe un sistema democratico, come non sarebbe un sistema democratico un sistema come quello tedesco, che hanno solo la presenza della soglia, ma anche quozienti di altri mandati di collegio elettorale quasi uninominale e comunque entro una cultura storicamente incentrata su tre, quattro forme partito.

Quindi i sistemi elettorali, che sono quelli che certamente garantiscono un equilibrio fra rappresentanza e governabilità, che certamente rispecchiano anche le evoluzioni dei sistemi politici e culturali che stanno a monte dei sistemi elettorali, devono anche garantire che la rappresentanza e la governabilità siano dotati di quei caratteri di responsabilità che sono l'esigenza massima della democrazia in una fase come quella che sta attraversando il nostro paese. Occorre che le rappresentanze siano responsabili e quindi sottratte alle derive personalistiche che abbiamo visto in campo anche nel nostro paese e occorre che i governanti che si insediano attraverso le forme parlamentari siano responsabili di fronte ai cittadini delle proposte e dei programmi che fanno o che non fanno.

Quindi quando noi, nell'ambito dei vincoli del nostro statuto, abbiamo parlato di un sistema proporzionale corretto con il premio di maggioranza e articolato anche sulla individuazione del Presidente incaricato del governo della Giunta, avevamo

non solo un equilibrio compatibile fra rappresentanza e governabilità, ma cercavamo anche di introdurre un elemento di responsabilità, così da dare ai cittadini il potere di non solo distribuire i mandati elettorali, ma di insediare anche una maggioranza e quindi un garante di questa maggioranza, che fosse in grado di rispondere poi ai cittadini del fatto o del non fatto all'interno del governo della Provincia.

Quel modello, ripeto, abbiamo visto che non poteva essere portato avanti, il modello del proporzionale corretto con il premio di maggioranza, stupisce che oggi colleghi che allora avevamo visto forse ostili a quella proposta, si facciano oggi promotori e paladini di una proposta come quella sulla quale avevamo incardinato il nostro programma, il nostro progetto, tradotto poi nel disegno di legge, di cui è stata responsabile la collega Chiodi.

Ripeto, la subordinata è stata quella di accettare con altrettanta convinzione e con altrettanta determinazione la strada della soglia, per la Provincia di Trento, per costituire quell'elemento di stabilità e di responsabilità, in modo tale che la rappresentanza sia, oltre che stabile anche responsabile, di fronte agli elettori, perché la soglia abbia quei caratteri di introduzione di elementi di stabilità e di responsabilità nella rappresentanza, anche trascurando, ormai abbandonato, ma sarà ripreso spero nel futuro, anche se ai cittadini non sarà dato il potere di incardinare una maggioranza, daremo ai cittadini un potere di insediare delle rappresentanze più stabili, meno frammentate e quindi più responsabili di fronte ai cittadini stessi che le hanno scelte.

Se è una soglia dell'entità che ho detto, su questa proposta noi ci siamo con determinazione e con convinzione, anche se siamo consapevoli che è una soluzione subordinata quella principale che ho cercato di descrivere.

Su queste proposte, che hanno comunque il carattere di elemento di forte riforma, rispetto alla situazione esistente, abbiamo visto ritornare i nostalgici del proporzionalismo, abbiamo visto riprendere fiato il partito del benaltrismo, occorre ben altro per affrontare la situazione del paese, abbiamo visto riprendere fiato i tutori della legalità statutaria, che negherebbero, in funzione dell'attuale statuto, la possibilità di modificare il proporzionale o nel senso della soglia o nel senso del premio di maggioranza che dicevo o i tutori di legalità che non ammetterebbero una differenziazione fra l'elezione del sistema del collegio di Trento e l'elezione del collegio di Bolzano.

Su questi problemi della legalità costituzionale, di proposte come quelle in discussione, nessuno qui è giudice, la nostra proposta si era fondata sul presupposto di costituzionalità emesso non dal primo giurista che passa per la strada, ma in ogni caso il giudizio sulla costituzionalità di queste proposte non spetta a nessuno di noi, spetta semmai alla Corte costituzionale, che deciderà se qualcuno vorrà ricorrervi in ordine alla legittimità, ormai tramontata l'idea del premio di maggioranza, della soglia differenziata fra Trento e Bolzano.

Collega Dalbosco, lo sai, se non vogliamo fare inutile retorica, che le condizioni sono state chiarite, su quelle stesse condizioni noi abbiamo rotto una maggioranza e quindi è inutile che ormai noi stiamo a vedere il passato, il passato è stato quello che è stato, tutti sanno quale è stato lo sforzo generoso di tutte le

componenti dell'Ulivo trentino per avere un sistema che sarà certamente in futuro ripreso, se vorremo dare un'evoluzione moderna al sistema della democrazia nella nostra Provincia e nella nostra Regione.

Dicevo delle resistenze; c'è una resistenza più sottile o più diffusa, più retorica forse rispetto ad una proposta di riforma, è quella che dice che la nostra situazione non tollera modifiche dei sistemi elettorali, non tollera la soglia, figurarsi se tollera un'evoluzione in senso bipolare, quindi competitivo dei sistemi della democrazia, che vale negli ordinamenti autonomistici della Regione e del Trentino.

Credo che questo richiamo ad una presunta specificità del Trentino, che non tollererebbe appunto un'evoluzione in senso competitivo e bipolare della democrazia nel nostro ordinamento autonomistico, da una parte nasconde questa volontà di centro-immobilità paludoso, di cui abbiamo visto illustri rappresentanti all'opera in tutta questa legislatura e risulta anche in qualche modo confuso questo richiamo a questa presunta specificità, perché poi noi avremmo appunto i comuni eletti e funzionanti secondo un modello di democrazia bipolare maggioritaria, avremmo il Parlamento eletto secondo un sistema maggioritario e bipolare, resteremmo quindi con questo sistema separato e distinto, che prevederebbe le elezioni con i sistemi proporzionali, senza alcuna correzione per l'elezione del Consiglio provinciale.

Sistema pretestuoso quindi questo richiamo alla specificità del Trentino e mi pare capace di introdurre un elemento di ulteriore confusione, sul quadro che richiede invece di essere chiarito e di avere finalmente una risposta.

Concludo con due semplici richiami. Possiamo ipotizzare realisticamente qualche altro correttivo alla legge elettorale che abbiamo, oltre quello delle soglie differenziate fra Trento e Bolzano? Bene, credo che potremmo lavorare, lo dico anche al Presidente Grandi, per una riduzione del numero delle preferenze. Anche qui non mi scandalizzerei per niente e credo anzi del tutto compatibile di avere una differenziazione sotto questo stesso profilo fra i due sistemi elettorali, ma credo che a Trento potremmo lavorare realisticamente per ridurre il numero delle preferenze se non altro a due, se non è possibile ad una.

Lancio questo messaggio, Presidente Grandi, perché anche questo è un problema di qualificazione del sistema politico, è un sistema di trasparenza ed un rapporto più diretto fra cittadini ed eletti, che migliorano il quadro delle responsabilità ed il tasso di responsabilità che lega appunto cittadini ed eletti.

Un ultimo richiamo. La battaglia per una qualificazione del sistema politico non finisce qui, sappiamo che dobbiamo lavorare per la modifica dello statuto, che riguarderà un nuovo assetto ed un nuovo quadro di rapporti fra la Regione e le due Province, ma dovrà riguardare anche le forme di governo delle due Province e della Regione e quindi inevitabilmente anche il problema delle regole a livello costituzionale, che riguardano la capacità di legiferare in materia elettorale. Quindi si apriranno, anche con la prossima legislatura, ulteriori discorsi non solo in materia di revisione dello statuto per quanto riguarda i rapporti fra Provincia e Regione, ma anche per quanto riguarda le forme di governo e conseguentemente le regole elettorali, che stanno alla base delle forme di governo.

Concludo qui, Presidente, augurandomi di avere, prima della conclusione del dibattito, una voce chiara e palese da parte della maggioranza e del Presidente che questa maggioranza rappresenta.

PRÄSIDENT: Ich bedanke mich recht herzlich und wir sehen uns morgen um 10.00 Uhr für die Fortsetzung der Generaldebatte. Danke

(ore 14.00)

INDICE

Trattazione ed esame dei seguenti disegni di legge concernenti la riforma elettorale del Consiglio regionale in considerazione di quanto espresso nella relazione datata 16 gennaio 1998 del Presidente della Commissione legislativa congiunta - (su richiesta dei Consiglieri regionali Divina, Binelli, Delladio, Holzer, Morandini, Atz, Giovanazzi, Fedel, Conci-Vicini, Giordani, Ianieri, Benedikter, Leitner, Zanoni e Valduga) (su richiesta dei Consiglieri regionali Dalbosco, Passerini, De Stefani, Benedetti, Levegghi, Vecchi, Muraro, Taverna, Holzmann, Benussi, Minniti, Zendron, Kury, Pinter, Conci-Vicini):

Disegno di legge n. 4:

Limitazioni alla propaganda elettorale per l'elezione del Consiglio regionale - modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni in materia di elezione del Consiglio regionale (presentato dai Consiglieri regionali Peterlini, Brugger e Pahl);

Disegno di legge n. 60:

Modifiche alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 in materia di elezione del Consiglio regionale (presentato dal Consigliere regionale Delladio);

Disegno di legge n. 61:

Testo Unico per la elezione del Consiglio regionale (presentato dai Consiglieri regionali Benedetti, Bondi e Levegghi);

Disegno di legge n. 65:

Modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, concernente l'elezione del Consiglio regionale (presentato dalla Giunta regionale);

Disegno di legge n. 71:

Modificazioni alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 (Testo unico delle leggi regionali

INHALTSANGABE

Behandlung und Beratung folgender Gesetzentwürfe betreffend die Wahlreform des Regionalrats in Kenntnisnahme des Berichts des Präsidenten der vereinigten Gesetzgebungskommission vom 16.01.98 auf Antrag der Abgeordneten Divina, Tosadori, Boldrini, Delladio, Morandini, Binelli, Pallaoro Panizza, Casagranda, Grandi, Chiodi, Alessandrini, Romano, Giordani, Giovanazzi, Holzer und Zanoni sowie auf Antrag der Abgeordneten Dalbosco, Passerini, De Stefani, Benedetti, Levegghi, Vecchi, Muraro, Taverna, Holzmann, Benussi, Minniti, Zendron, Kury, Pinter, Conci-Vicini):

Gesetzentwurf Nr. 4:

Beschränkungen der Wahlwerbung bei Regionalratswahlen - Änderung des Regionalgesetzes Nr. 7 vom 8. August 1983 in geltender Fassung über die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Brugger und Pahl);

Gesetzentwurf Nr. 60:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 auf dem Sachgebiet der Wahl des Regionalrates (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Delladio);

Gesetzentwurf Nr. 61:

Einheitstext für die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Benedetti, Bondi und Levegghi);

Gesetzentwurf Nr. 65:

Änderung des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7 betreffend die Wahl des Regionalrates (eingebracht vom Regionalausschuß);

Gesetzentwurf Nr. 71:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 (Einheitstext der

per l'elezione del Consiglio regionale), in materia di assegnazione dei seggi nel collegio provinciale di Trento: formula dei divisori successivi con intervallo di un quarto di unità (presentato dal Consigliere regionale De Stefani);

Disegno di legge n. 72:

Modificazioni alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 (Testo unico delle leggi regionali per l'elezione del Consiglio regionale), in materia di assegnazione dei seggi nel collegio provinciale di Trento: introduzione del premio di maggioranza (presentato dal Consigliere regionale De Stefani);

Disegno di legge n. 90:

Modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni (presentato dai Consiglieri regionali Morandini e Delladio);

Disegno di legge n. 93:

Modifica alla legislazione regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni in materia di elezione del Consiglio regionale (presentato dal Consigliere regionale Fedel);

Disegno di legge n. 103:

Modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni, concernente l'elezione del Consiglio regionale (presentato dalla Consigliera regionale Chiodi);

Disegno di legge n. 106:

Modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, e successive modificazioni, concernente l'elezione del Consiglio regionale (presentato dai Consiglieri regionali Dalbosco, De Stefani, Delladio e Benedetti).

Regionalgesetze über die Wahl des Regionalrates) in bezug auf die Zuweisung der Sitze im Provinzwahlkreis Trient: Methode der fortlaufenden Division mit einem Abstand von einem Viertel zwischen den Nennern (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani);

Gesetzentwurf Nr. 72:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 (Einheitstext der Regionalgesetze über die Wahl des Regionalrates) im Bereich der Zuweisung der Sitze im Provinzwahlkreis Trient: Einführung der Mehrheitsprämie (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani);

Gesetzentwurf Nr. 90:

Änderung des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7, in geltender Fassung (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Morandini und Delladio);

Gesetzentwurf Nr. 93:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrates (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Fedel);

Gesetzentwurf Nr. 103:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrats (eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Chiodi);

Gesetzentwurf Nr. 106:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen betreffend die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Dalbosco, De Stefani, Delladio und Benedetti).

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	pag.	1-9
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	2
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	2
DELLADIO Mauro <i>(Forza Italia - C.D.U.)</i>	"	3
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	16
FEDEL Domenico <i>(Gruppo Ladins - Autonomia TrentinoIntegrale)</i>	"	23
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	28
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	32
DALBOSCO Marco <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	35
ALESSANDRINI Carlo <i>(Gruppo Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	39